

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. August 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Verbands-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Weshalb stimmen wir gegen das Budget?

III.

Sollten wir fest, daß die Bewilligung des Budgets nichts anderes bedeutet, als dem Staat die Nachmittel zur Fortsetzung seiner durch die Interessen der Bestehenden diktierten Politik zu liefern, so ergibt sich auch die Stellung, die wir im einzelnen Fall gegen das Budget einzunehmen haben.

Mehrfach ist in letzter Zeit angedeutet worden, die sozialdemokratische Landtagsfraktion Badens hätte doch ruhig gegen das Budget stimmen können, denn auch ohne ihre Zustimmung wäre dieses angenommen und deshalb den Beamten die Erhöhung ihrer Gehälter nicht verloren gegangen. Ein seltsames Argument! Soll damit gesagt sein, wenn keine Mehrheit für das Budget vorhanden gewesen wäre, dann hätte die sozialdemokratische Fraktion dafür stimmen müssen, damit den Beamten nicht vielleicht, wenn auch nur für kurze Zeit, der Vorteil ihrer Gehaltserhöhung verloren gegangen wäre und nicht diejenigen unter ihnen, die sonst möglicherweise bei der nächsten Wahl für uns gestimmt hätten, gegen uns stimmen? Das hieße nichts anderes, als die Forderung aufstellen: Solange das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion ohne jede Wirkung auf das Budget ist, darf sie durch ihr Votum gegen die Vorlage protestieren, wenn aber die Annahme der Vorlage dadurch verhindert wird, muß die Fraktion diese bewilligen. Mit anderen Worten: Solange der Protest keinen Einfluß hat, darf protestiert werden, hat er aber eine Wirkung, dann muß das Protestieren aufhören.

Das wäre eine reine Opportunitätspolitik des Stimmenganges, die man allenfalls bei einer Partei begreift, die, da sie über das Alltägliche hinausragende höhere Ziele nicht hat, die Politik als reine Geschäftssache auffaßt und sich gewissermaßen um ihrer selbst willen zu erhalten strebt; nicht aber bei einer Partei, die eine Welt umwälzen will und die erkannt hat, daß sie wohl auf parlamentarischem Wege ein Stück vorwärts kommen, nicht aber zum Ziel gelangen kann. Für ihre Politik kann niemals der bloße momentane Erfolg, die Gewinnung einer Anzahl Wahlstimmen entscheidend sein, sondern nur ihre Grundsätze.

Gelangt die Partei dazu, ihre Handlungen lediglich unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, ob sie geeignet sind, bei den nächsten Wahlen bei den politisch nicht zu uns gehörenden Elementen Stimmung für uns zu machen und Unschlüssige heranzuziehen, dann gibt es auf der schiefen Bahn kein Halten mehr. Wenn wir, um die Staatsbeamten in guter Laune zu erhalten, gegen unser Prinzip für das Budget stimmen, warum sollten wir dann, um uns die Gunst eines Teils der Kleinbauern zu erhalten, die von den hohen Schweinepreisen Vorteil haben, nicht auch für Schweinezölle und Schweineeinfuhrverbote eintreten; ist doch ganz unzweifelhaft, daß unser Kampf gegen die hohen Viehpreise uns bei der letzten Reichstagswahl in manchen Kleinbäuerlichen Bezirken geschadet hat. Und wenn wir für Schweinezölle eintreten, warum sollten wir dann nicht auch für Flottenrüstungen stimmen, obgleich es nicht zweifelhaft ist, daß, wenn die Kriegsschiffbauten aufhören, die Werften und die für sie arbeitenden Werke eine Anzahl Arbeiter entlassen werden, die in anderen Betrieben vielleicht zunächst nur schwer Unterkunft finden. Oder verdienen die wirtschaftlichen Interessen der niederen und höheren Staatsbeamten eine höhere Berücksichtigung als die der oben erwähnten Arbeiterkategorien?

Lassen wir uns unsere Stellungnahme zu den Budget- und anderen Gesetzesvorlagen im Parlament nicht mehr durch unsere Grundsätze diktiert, sondern durch Wahlrückichten, dann geraten wir unvermeidlich immer tiefer in die oberflächlichste Opportunitätspolitik, und zwar ohne irgendwelchen Nutzen für die Partei. Denn was wir an Mitgläsern unter den Beamten, Kleinbauern usw. heranziehen, das verlieren wir auf der anderen Seite an zielbewußten Arbeitern; vielleicht nicht gleich, wohl aber im weiteren Verlaufe der Parteientwicklung. Hört doch mit der Stimmungsmache bei den Wahlen das Rücksichtnehmen nicht auf, denn die zur Wahl herangezogenen Beamten und Kleinbauern dürfen bei der nächsten Wahl natürlich nicht wieder abspalten; sie müssen bei der Forderung gehalten werden. Es muß also ihrem wirtschaftlichen Interesse durch weitere Zugeständnisse und Rücksichtnahme Rechnung getragen werden, damit sie bei Stimmung bleiben.

Das mag, wie die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen (nicht nur bei bürgerlichen, sondern auch bei sozialistischen Parteien) eine Weile gehen; dann tritt jedoch gegenüber diesem opportunistischen Parlamentarismus notwendig die Reaktion ein: ein Teil der Arbeiterschaft wird kopfschau vor dem parlamentarischen Treiben; er predigt Antiparlamentarismus, parlamentarische Abstänzigkeit, direkte Aktion, revolutionäre Generalstreiks; ein anderer Teil gerät in den gewerkschaftlichen Syndikalismus. Der schließliche Erfolg ist nicht die Stärkung der Partei, die Vermehrung ihres Einflusses auf das politische Leben, sondern die innere Zerrüttung.

Neu sind diese Rücksichtnahmen auf außerhalb der Partei lebende Elemente ja nicht. Als 1894 in Frankfurt a. M.

über die Zustimmung der damals fünf Mitglieder starken bayerischen Landtagsfraktion zum Budget verhandelt wurde, entschuldigten bereits die bayerischen Landtagsabgeordneten ihr Verhalten mit der Notwendigkeit, Rücksicht auf die bayerische Bevölkerung nehmen zu müssen, nur waren es damals nicht die Staatsbeamten, sondern die Bauern, die vorgeschoben wurden. Rebel antwortete darauf:

Gewiß sind in Bayern die Verhältnisse vielfach anders als bei uns in Norddeutschland; aber wir lassen uns unsere Handlungen nicht von der Rücksicht auf die Auffassungskraft der Masse in den rückständigen Kreisen diktieren. In erster Linie handelt es sich bei uns nicht darum, Bauern- oder Stimmengangs zu treiben, und ich werde bei der Agrarfrage hierauf noch näher einzugehen haben, sondern darum, Genossen heranzuziehen, die uns verstehen. Das ist der Standpunkt, den wir überall einzunehmen haben. „Dümmer“ als der Mecklenburger, als der Pommer ist auch der Bayer nicht. Kann ich nur jemanden gewinnen mit dem Opfer meines Intellekts, durch Aufgeben meines prinzipiellen Standpunktes, dann lasse ich ihn lieber laufen; und der Bauer ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was er von der Sozialdemokratie zu erwarten hat, wenn wir Prinzipienpolitik treiben. Sagen wir es ihm nicht, so sagens ihm andere, und das ist viel schlimmer. Wollten wir auf die Bauern so viel Rücksicht nehmen, dann dürfen wir auch nicht an die Besserung der ländlichen Arbeiter denken, denn das erbittert die Bauern und namentlich doch die Höfbesitzer sehr stark.“

Gewiß, es können infolge der Eigenart mancher Budgetrechte Fälle eintreten, wo wir für das Budget stimmen können und müssen, wo unter ganz ausnahmsweisen politischen Konstellationen das konsequente Festhalten an der Budgetverweigerung fast zur Inkonsequenz werden könnte. So bietet z. B. das Budgetrecht einzelner Länder die Möglichkeit, das Finanzgesetz mit Reformen zu bepacken, d. h. wichtige Reformen, die sonst infolge Widerstandes eines Oberhauses oder der Regierung nicht durchzuführen sind, durch Zusatz- und Bedingungsklauseln mit in das Finanzgesetz hineinzubringen und dadurch die Regierung oder das Oberhaus vor die Alternative zu stellen, entweder diese Reformen anzunehmen oder selbst das Budget fallen zu lassen: eine Methode, die früher in England mehrfach vom Haus der Gemeinen gegen das Haus der Lords angewandt wurde. Oder auch es kann in einem Parlament, das eine feste Regierungsmehrheit nicht hat, sich für die Opposition die Gelegenheit bieten, durch Ausnutzung der Finanznotlage der Regierung diese auf dem Umwege über das Finanzgesetz zur Durchführung bestimmter Steuerreformen zu zwingen.

Solche Fälle, an denen es in der Parlamentsgeschichte der verschiedenen Länder nicht fehlt, können auch bei uns vorkommen und uns zwingen, ausnahmsweise für das Budget zu stimmen. Aber niemand wird derartige Abstimmungen, bei denen es sich darum handelt, das Budget- oder Finanzgesetz als ein Pressionsmittel zu gebrauchen, um ein aristokratisches Oberhaus dem Willen eines demokratischen Unterhauses zu unterwerfen oder einer Regierung wichtige Finanzreformen aufzuzwingen, als ein Vertrauensvotum für die Regierung auffassen. Die jüngsten Abstimmungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden und Bayern gehören sicherlich nicht in die Kategorie dieser Ausnahmefälle. Warum handelt es sich in Baden? Zum Teil darum, bei den Staatsbeamten keinen Anstoß zu erregen, vor allem aber darum, — und das ist das eigentliche Motiv — sich gewissermaßen regierungsfähig zu erhalten, d. h. die badische Regierung und die liberalen Parteien des badischen Großblocks nicht zu versäumen, damit die Wahlabkommen mit den Demokraten und Liberalen gegen die Merikalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen nicht erschwert werden und die Bildung eines neuen Großblocks ermöglicht wird.

Und weshalb hat die bayerische Landtagsfraktion für das Budget gestimmt? Die Erklärung der Fraktion gibt darüber genaue Auskunft. Erstens deshalb, weil die Gehälter bzw. Löhne der Beamten, Lehrer und Staatsarbeiter erhöht worden sind, und zweitens aus Erkenntlichkeit gegen die Regierung, weil diese sich nicht gegen die Verbesserung des Landtags- und des Gemeinbewahlrechts gestraubt hat.

Man mag diese Errungenschaften nun hoch oder niedrig anschlagen — wir schätzen sie keineswegs niedrig ein — zu den oben erwähnten Ausnahmefällen gehört zweifellos weder die bayerische, noch die badische Budgetabstimmung. Und ebensowenig fallen die Gründe, die die bayerischen und badischen Landtagsfraktionen anführen, unter die „zwingenden Gründe“ der Lübecker Resolution. Wohl haben einige süddeutsche Vertreter der Budgetbewilligung sich auf jene Resolution berufen und gemeint, man könne auch die bayerischen und badischen Abstimmungen unter die Rubrik der „ausnahmsweise zwingenden Gründe“ bringen; aber die meisten haben sich, da sie selbst die Absurdität einer solchen Argumentation empfanden, sich mit einer derartigen Berufung auf die

Lübecker Resolution nicht begnügt; sie haben vielmehr allerlei logische Gründe für die Notwendigkeit einer Revision unseres bisherigen Verhaltens zu den Finanzgeetzen herbeizuholen versucht, und zwar sind diese Gründe — das ist höchst kennzeichnend für den Charakter der Pro-Budgetbewegung — von A bis Z dem Ideengang und der Argumentationsweise des liberalen Parlamentarismus entlehnt. Da wird ausgeführt: Auch wir hätten doch ein entschiedenes Interesse am heutigen Staat und seiner Entwicklung, wenn also der Staat Fortschritte mache, könne man ihm doch nicht die nötigen Mittel zur Fortführung seiner Politik versagen. Wohl könne man, wenn die Regierung mal besonders scharf gegen die sozialdemokratischen Organisationen oder gegen streikende Arbeiter vorgehe, gegen das Budget votieren, um gegen das Verhalten der Regierung zu protestieren; aber ein dauernder, sich immer wiederholender Protest sei zwecklos und langweilig. Es gelte mitzuarbeiten im Parlament, Vorteile herauszuschlagen, und dazu sei es nötig, daß man bald für, bald gegen das Budget stimme, je nachdem es die politische Lage und parlamentarische Situation verlange. Zudem wäre die Frage, ob die Sozialdemokratie gegen das Budget stimmen müsse, gar keine prinzipielle, sondern eine rein taktisch-parlamentarische Frage usw. usw.

Es ist genau dieselbe Argumentation, die wir heute — zur Zeit als sie noch politisch etwas bedeutete, dachte, wie wir gesehen haben, die preussische Fortschrittspartei ganz anders — in der freisinnigen Presse finden. Vornehmlich die Ausführungen des Herrn v. Gerlach in der Berliner „V. Z. am Mittag“ stimmen damit bis auf das i-Tipfelchen überein.

Aber gerade, weil es sich bei den Budgetbewilligungen in Bayern und Baden nicht um eine halb zufällige Entgleisung handelt, sondern um eine Beeinflussung der sozialdemokratischen Tradition und Kampfführung durch den bürgerlichen Parlamentarismus mit seinen Nützlichkeit- und Vorteilsbetrachtungen, gerade deshalb muß die Frage der Budgetbewilligung in Nürnberg gründlich diskutiert und eine Resolution beschlossen werden, die die Ausnahmeklausel beseitigt; denn in nicht allzu ferner Zeit könnte es sonst heißen: Das Ziel ist nichts, die außerparlamentarische Bewegung auch nichts, der Parlamentarismus alles!

Wohl sind Umstände denkbar, die uns vielleicht auch in den deutschen Einzellandtagen zur Annahme eines Budgets zwingen könnten, aber ebensolche Ausnahmen sind auch bei den meisten anderen Forderungen unseres Programms möglich. Weil wir in ganz besonderen Fällen auch gegen die progressive Einkommensteuer, gegen die Einführung eines Milizheeres, gegen die Unentgeltlichkeit des Unterrichts usw. stimmen müßten, deshalb erklären wir doch nicht: Wir sind für die progressive Einkommensteuer, falls nicht zwingende Gründe vorliegen usw.

Wie verhält die Aufnahme von Ausnahmeklauseln in Resolutionen ist, das haben die Budgetbewilligungen in Württemberg, Baden und Bayern seit der Annahme der Bebel'schen Resolution in Lübeck zur Genüge bewiesen. Einger hat mit seinen Einwendungen gegen die Bebel'sche Resolution in allen Punkten Recht behalten.

Zwingende Gründe?

Der nachstehend abgedruckte Beitrag unseres Stuttgarter Korrespondenten zur Frage der Budgetbewilligung erscheint uns um so bemerkenswerter, als inzwischen auch ein badisches Blatt, die „Mannheimer Volksstimme“, zugegeben hat, „daß allerdings auch die Rücksicht auf die parteipolitische Konstellation in Baden bei dem Entschluß, für das Budget zu stimmen, eine Rolle gespielt hat.“ (Nr. 232 der „Mannh. Volksst.“) Diese „zwingenden“ Gründe einer Blockpolitik werden durch unseren Mitarbeiter trefflich als das charakterisiert, was sie sind, als grundsätzlicher Revisionismus!

Unser Stuttgarter Korrespondent schreibt:
 In zwei sachlich gehaltenen Artikeln in der Stuttgarter „Schwäbische Tagwacht“ verteidigt Genosse W. K. die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Etat. Die Ausführungen dürften sich mit den Ansichten der Majorität der württembergischen Landtagsfraktion decken. Zunächst wird unumwunden zugegeben, daß der Parteileitung das Recht zustehe, in Fragen, die die ganze Partei betreffen, Informationen einzuziehen, und daß in Mannheim ein Fehlgriff gemacht worden ist. „Sollte daher der Nürnberger Parteitag mit der zweifelsfreien Betonung dieses Rechts einen Tadel des vorgekommenen Verstoßes verbinden, so leisten die Mitglieder des badischen Landesvorstandes der gesamten Partei einen Dienst, wenn sie sich damit abfinden.“

Eigenartig berührt die Frage W. K.'s, daß versäumt worden sei, die Parteipresse zu der Konferenz zuzuziehen, um ihr die Gelegenheit zu geben, sich unmittelbar zu orientieren. Die „Schwäbische Tagwacht“ wie der Karlsruher „Volksfreund“ waren zum mindesten sehr gut unterrichtet, denn Redaktionsmitglieder beider Blätter waren auf der Konferenz anwesend in ihrer Eigenschaft als Landtagsabgeordnete. Ob auch ein Vertreter der „Mannheimer Post“ teilnahm, ist mir nicht bekannt. Wer aber wollte daran zweifeln, daß sowohl unser Mannheimer wie das Mainzer und Mannheimer Parteiorgan sehr genau unterrichtet waren? Um so sonderbarer mutet der Versuch einiger süddeutscher Parteiblätter

an, die vielersinnige Konferenz als durchaus harmloser Natur hinzustellen, deren Bedeutung „im wesentlichen in der Besprechung rein technischer Fragen, wie die gegenseitige Auswechslung der Druckmaschinen und die Errichtung einer Zentralstelle für diese Arbeit“ lag, wie das „Offenbacher Abendblatt“ behauptet. Das ist direkt un wahr! Die Bedeutung der Konferenz lag einzig und allein in der Besprechung der Budgetfrage! Das Hauptreferat zu dieser Frage hielt der Abg. v. Vollmar, der im Auftrage der bayerischen Landtagsabgeordneten sprach. Von Ueberzeugungsmut und gutem Willen zeugen solche Ablehnungsversuche gerade nicht, hingegen von dem Bestreben, auch jetzt noch den Parteigenossen die volle Wahrheit vorzuenthalten!

Genosse W. R. sucht in der „Schwäb. Tagwacht“ die Zustimmung der badischen Fraktion zum Etat mit wahltaktischen Rücksichten zu begründen. Er schreibt:

„Eine Verneinung des diesjährigen Etats durch unsere Fraktion hätte mit großer Wahrscheinlichkeit eine Zentrumsmehrheit im nächsten badischen Landtage zur Folge gehabt. Stimmt die Sozialdemokratie gegen das Budget, so war die Regierung mit der Genehmigung des Etats aufs Zentrum angewiesen. Ob das Zentrum jemals den Etat zum Scheitern bringen würde, kann unerörtert bleiben; es genügt, daß man das Zentrum zur Staatsnahme gebräucht hätte. Grund genug für die Regierung, sich mit aller Macht gegen die Ausschaltung des Zentrums zu wehren. Sie könnte mit dem Finger auf die Sozialdemokratie zeigen, die sie zwingt, sich zum Zentrum zu halten. Das würde nicht ohne Einfluß auf die Haltung der liberalen Parteien bleiben und mit aller Wahrscheinlichkeit würde ein tatsächliches Wahlabkommen ähnlich dem von 1905 nicht zustande kommen. Das hätte zur unabweislichen Folge die unumschränkte Herrschaft des Zentrums im nächsten Landtage.“

Was Genosse W. R. hier vertritt, ist eine Imitation der freisinnig-demokratischen Blockpolitik im Reichstag! Fast genau denselben Gedankengang — auf das Reich übertragen — entwickelte im Reichstag am 4. April bei Beratung des Reichsbereinsgesetzes der Führer der schwäbischen Volkspartei Abg. v. Bayer:

Wir Linken nehmen das Gesetz an, weil es wichtig ist für die Weiterentwicklung des Liberalismus. (Lautes, anhaltendes Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen diesen Entwurf als Verdienst des Liberalismus an. (Erneutes lautes Lachen bei der Minorität.) Wir haben die Absicht, auf der Bahn weiter zu gehen, auf der wir uns bisher bewegt haben. (Lautes Lachen und Zurufe bei der Minorität: Auf der abfalligen Bahn.) Wir wollen der Regierung weder Grund noch Vorwand geben, uns auszuscheiden zugunsten anderer, die nur darauf warten.

Die verblüffende Ähnlichkeit beider Gedankengänge springt sofort in die Augen. Um nicht „ausgeschaltet“ zu werden zugunsten des Zentrums, stimmte die Freisinnigdemokratie den reaktionären Bestimmungen des Reichsbereinsgesetzes zu, bewilligte sie alle von der Regierung verlangten Mittel zur Fortführung ihrer reaktionären Politik. Wie weit der Freisinn mit dieser seiner diplomatischen Reaktion degradiert, tagtäglich mit Mühen und Zuhilfenahme von Regierung und Junkern regaliert wird, ist mahniglich bekannt. Und nun sieht man den süddeutschen Genossen an, denselben Weg zu gehen, wie die Freisinnigdemokratie!

„Etwas anders als in Baden scheint die Sache in Bayern zu liegen“, beginnt Genosse W. R. seine Besprechung der Haltung der bayerischen Fraktion. Das scheint mir auch so. Sogar sehr anders! Während den Badenfern der „schwarze Mann“ als Rathgeber dienen muß und gesagt wird: „Bei der badischen Bevölkerung würde eine Partei, die es bewirkt verschuldet, daß das Zentrum wie in Bayern (!) zur Alleinherrschaft gelangt, jeden Kredit verlieren.“, ist es in Bayern gerade entgegengesetzt die „außerordentlich fruchtbare“ Arbeit des vom Zentrum beherrschten Landtages, die von den bayerischen Genossen ins Feld geführt wird, und diese Darstellung findet Genosse W. R. „der ernstlichen Beachtung wert“. In Baden stimmt man dem Etat zu, weil man das fürchterliche Zentrum nicht zur ausschlaggebenden Partei werden lassen will. Man schließt die ungerechteste Steuer-gesetze, indirekte Steuern, den „Fall Schäufler“ usw., um das Unglück einer Zentrums-herrschaft fern zu halten. In Bayern stimmt man aus genau entgegengesetztem Grunde zu, weil nämlich „der Landtag außerordentlich fruchtbar gearbeitet habe, und insbesondere das soziale Gebiet in einer Weise gefördert worden sei, die in einem bürgerlichen Staat und namentlich in Deutschland einen nennenswerten Fortschritt darstelle.“ Stolz wird auf den „Fall Rohhaupter“, das Gegenstück zum „Fall Schäufler“ hingewiesen, auf die Verbesserung der Staatsbeamten und der Bediensteten, auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne, die Gewährung des unbeschränkten Koalitionsrechtes an die Arbeiter der Staatsbetriebe usw., wohlverstanden in Bayern, in dem das Zentrum über eine schiefgefügte Landtagsmajorität verfügt! Man sieht, beide Fraktionen operieren mit geradezu entgegengesetzten Gründen, um zu dem einen Ziel zu kommen, der Zustimmung zum Etat.

Den letzten und eigentlichen Grund, der sowohl die Würtenberger wie die badische und bayerische Landtagsfraktion zur Annahme des Etats bewog, hat in einer Stuttgarter Parteiversammlung, die sich Ende September 1907 ebenfalls mit der Zustimmung der württembergischen Fraktion zum Etat befaßte, der Stuttgarter Landtagsabgeordnete Fischer folgendermaßen formuliert:

„Wir haben die Verfassungsreform angenommen und haben sie damit auch anzuerkennen. (Zuruf: Auch die Erste Kammer?) Auch die Erste Kammer haben wir mitgeschluckt müssen. Selbstverständlich wird es unser Bestreben sein müssen, sie zu befeitigen. Wir haben uns bei unserer Tätigkeit auf den Boden der Verfassung zu stellen.“

Mit anderen Worten: Die Partei hat den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verlassen und durch Reformversuche „auf dem Boden der Verfassung“ das Heil des Proletariats zu schaffen! Das Ziel ist die Umwandlung der revolutionären Sozialdemokratie zu einer radikal-demokratischen Reformpartei! Das Suchen nach „zwingenden Gründen“ für die Haltung der württembergischen, der badischen und bayerischen Landtagsfraktion dient nur der Verschleiierung dieses revisionistischen „Ziels.“ F. W.

„Deutsche Interessen“ in der Türkei.

I.

Vor einigen Tagen wurden in den Zeitungen Gerüchte verbreitet, daß die türkische Regierung ihre Vorkämpfer in Paris und London angewiesen habe, die französischen und englischen Konzeßionäre aufzufordern, ihre Konzeßionen zurückzugeben, da sie unter dem alten Regime durch Westungen erworben worden seien. („Berliner Tageblatt“ Nr. 428.) Die Tatsache, daß diese Gerüchte hauptsächlich aus Budapest ver-

breitet wurden, berechtigt zu einem gewissen Misstrauen, zur Annahme, daß sie nur als Ausdruck der Wünsche der kapitalistischen und regierenden Kreise in Oesterreich-Ungarn zu betrachten sind. Sollte aber das nicht der Fall sein, sollte die neue türkische Regierung in der Tat ihren Vorkämpfern die erwähnte Anweisung gegeben haben, so wäre es unverständlich, warum bloß die englischen und französischen Konzeßionäre geopfert worden seien. Ist es denn bewiesen, daß z. B. die deutschen Kapitalisten in der Türkei nicht durch Westungen ihre Konzeßionen erworben haben? Sollte doch vor einigen Jahren Herr v. Siemens als Leiter der Deutschen Bank in einem öffentlichen Vortrage erklärt, daß die Garantiesummen für die Anatolischen Eisenbahnen so „außerordentlich hoch“ berechnet worden seien, ausschließlich aus dem Grunde, daß „bei den türkisch-orientalischen Verhältnissen unermesslich enorme „Spesen“ von vornherein mit in Anrechnung gebracht werden müssen.“ (Zitiert aus Lic. Dr. Paul Rohrbach, Die Bagdadbahn, S. 21—22.)

Auch aus einem anderen Grunde scheinen uns die Gerüchte un-glaublich. Zur selben Zeit, als sie verbreitet wurden, berichteten die Zeitungen über die Rückkehr des französischen Finanzministers, Herrn Caillaux, aus Konstantinopel, und nach den Zeitungsberichten soll Herr Caillaux mit den Ergebnissen seiner orientalischen Reise sehr zufrieden sein. Letzteres wäre doch unmöglich, wenn den französischen Unternehmern in der Türkei die Konzeßionen entzogen werden sollten. Zudem ist die russische Diplomatie eifrig bemüht, die „Gleichberechtigung“ der Unternehmer verschiedener Länder bei der Erteilung türkischer Konzeßionen herzustellen. Laut der „Kowoje Wremja“ soll dies sogar das eigentliche Ziel der letzten Reise des russischen Finanzministers nach dem Auslande sein.

Ganz unwahrscheinlich ist es also, daß die türkische Regierung einen Teil der von der früheren Regierung erteilten Konzeßionen zurückziehen würde. Und dabei noch die Konzeßionen der Angehörigen so einflußreicher Staaten wie Frankreich und England! Entweder wird sie alle alten Konzeßionen bestehen lassen und durch Verteilung neuer die „Gleichberechtigung“ herbeiführen oder aber eine ganze Kategorie alter Konzeßionen annullieren ohne Rücksicht auf die Nationalität der Konzeßionäre. Letzteres ist zum Beispiel nicht ausgeschlossen bei den Konzeßionen für den Eisenbahnbau in der Türkei — im Falle einer Verstaatlichung der Eisenbahnen. Natürlich wird man den früheren Konzeßionären große Kompensationen geben müssen. Am schwersten wird es in einem solchen Falle sein, Deutschland, das heißt die deutschen Konzeßionäre und die deutsche Regierung, zu befriedigen. Ungeheuer große wirtschaftliche Vorteile könnten nämlich die deutschen Kapitalisten bei Bewahrung der bereits erworbenen Konzeßionen für den Eisenbahnbau erwarten. Abgesehen von den wirklich „enormen“ Garantiesummen, die die türkische Regierung den deutschen Unternehmern zu zahlen hat, (16500 Franken pro Kilometer, im Ganzen eine halbe Milliarde Mark gleich 600 Millionen Franken), sollten den deutschen Kapitalisten noch verschiedene Privilegien und Begünstigungen beim Handel auf der ganzen von der Bagdadlinie durchkreuzten Strecke zuteil werden. Die deutschen Kapitalisten hoffen auf Grund dieser Konzeßionen den ganzen Handel auf dieser Strecke bis zum Persischen Golf hin in ihren Händen zu konzentrieren. Sie führten nur bittere Klagen darüber, daß es ihnen unmöglich sei, den Seehandel auf dem Persischen Golf den Engländern zu entreißen. Die deutschen Kapitalisten beneideten Rußland, dessen Regierung die einzige war, die es wagte, durch Unterfückung Persiens den Engländern ihre Vorherrschaft auf dem Persischen Golf streitig zu machen; sie bedauerten aufrichtig, daß Rußland infolge „des unglücklichen Krieges mit Japan seiner Flotte beraubt und bis auf weiteres lahmgelegt sei“, sie verlangten endlich „energisches Vorgehen der übrigen interessierten Mächte England gegenüber.“ („Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik“, 30. Jahrg., Heft 9 S. 388.)

Bis zum Persischen Golf haben also die deutschen Kapitalisten ihre Interessen als gesichert betrachtet. Die erwarteten Vorteile tiefen den Reich besonders der österreichischen Kapitalisten hervor und namentlich der Gegenwirkung der österreichischen Diplomatie neben der englischen und französisch-russischen ist es zu danken, daß der Sultan wider seinen Willen mit der Genehmigung der Bagdadbahnkonzeßion so lange gezögert hat. In einem in der „Zeit“ veröffentlichten Artikel (Nr. 301, 31. August 1901) wurden die Motive der österreichischen Politik in der Frage der türkischen Eisenbahnen offenherzig erklärt: „Zunächst ist es das allgemeine Interesse, Deutschland nicht allein den großen Vorteil von der Bahn einheimen zu lassen. Von vornherein ist nichts unwahrscheinlicher, als daß die übrigen im Orient interessierten Staaten durch ihre Zustimmung der Ausdehnung des deutschen Einflusses vom Bosphorus bis ans Persische Meer einen so immensen Dienst leisten werden wie der, um den es sich hier handelt — wenn sie nicht dafür Kompensationen erhalten, die ihnen annehmbar scheinen.“ (Zitiert nach dem oben erwähnten Buche von Paul Rohrbach, S. 23.)

Der deutschen Diplomatie gelang es trotzdem, die Oberhand zu gewinnen: seit 1902 werden den deutschen Unternehmern (eine Gesellschaft, an deren Spitze die Deutsche Bank zu Berlin steht) Konzeßionen zum teilweisen Bau der Bagdadbahn erteilt; die Genehmigung, die letzte Strecke dieser Eisenbahnlinie zu bauen, wurde derselben Gesellschaft am 23. Mai dieses Jahres erteilt.

Mit der Erwerbung der Konzeßionen aber wuchs bei den deutschen Unternehmern der Appetit enorm. Man begnügte sich schon nicht mehr mit den direkten Vorteilen der Eisenbahnkonzeßionen, man fing an ganz andere „Erwerbungspläne“ zu hegen. Wenn man sich in Deutschland in den sechziger und achtziger Jahren vorigen Jahrhunderts viel mit dem Gedanken herumtrug, Kleinasien durch deutsche Bauern zu kolonisieren, so denkt heutzutage niemand mehr an solche Pläne. Für das 20. Jahrhundert wäre es auch unmodern, sich um die Schicksale der Bauern zu kümmern. Nicht für die deutschen Bauern, sondern ausschließlich für das deutsche Kapital sucht man heutzutage Kolonien zu gründen und in dieser Hinsicht sind große Hoffnungen mit dem Bau der Bagdadbahn verbunden. Man hofft nämlich durch das deutsche Kapital nicht nur Kleinasien wirtschaftlich wieder zu beleben, sondern auch einen Teil Arabiens. Die von den Anatolischen Eisenbahnen durchkreuzten Gegenden besitzen in der Tat einen außerordentlich fruchtbaren Boden, der besonders zur Baumwollkultur geeignet zu sein scheint; auch für die Korn- und Weinbaukultur ist viel fruchtbares Land vorhanden. Außerdem ist in der Nähe der Bagdadbahn eine ganze Zone ungeheurer reicher Wapthaqueen entdeckt worden, man behauptet sogar, daß der Kupferreichtum hier nicht geringer sei, als der im russischen Kaukasusgebiet. Und dabei eine Bevölkerung, die im Vergleich mit den europäischen Arbeitern fast anspruchlos zu bezeichnen ist. Laut der erworbenen Konzeßionen könnte die deutsche Eisenbahngesellschaft hier ungeteilt und unbeschränkt wirtschaftlich herrschen, die Naturerzeugnisse wie die Arbeitskraft der anspruchlosen Bevölkerung nach Westen ausbeuten. In etwas poetischer Form drückt sich der fromme Pfarrer und nationalsoziale Politiker, Herr Rohrbach, über die Aufgaben der Deutschen in der Türkei aus: „Nicht deutsche Bauern, wohl aber deutsches Geld müssen den Boden Mesopotamiens im weitesten Maßstabe urbar machen helfen. Geschicht das, so werden die Früchte davon im reichsten Maße und un-unserer Inhabere zugute kommen.“

Das also sind die sogenannten „Deutschen Interessen“ im Orient“ und speziell in der Türkei: die Konzeßion zur wirtschaftlichen Eroberung der besten und reichsten türkischen Provinzen durch unerhört hohererliche Verzinsung der deutschen Kapitalien und durch schonungslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Naturkräfte. Bisher hoffte man alle diese weitgehenden Pläne zu verwirklichen mit Hilfe des Sullians und der Kamarillaregierung, mit denen die Vertreter der deutschen Regierung wie des deutschen Kapitals intimste Freundschaft geschlossen haben. Welche Aussichten auf Verwirklichung haben diese Pläne jetzt, nach der politischen Umwälzung in der Türkei? Diese Frage werden wir in einem der nächsten unserer Artikel an beantworten suchen. E. L.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August 1908.

Das neue Steuerbudget.

Die „Türkische Volkszeitung“ versichert, auf Grund bester Informationen mitteilen zu können, daß die Regierung dem Reichstag folgende Steuern unterbreiten wird:

1. Erhöhung der Biersteuer;
2. Einführung der Zigarrenbanderolensteuer;
3. grundlegende Änderung der Branntweinsteuer;
4. Gas- und Elektrizitätssteuer;
5. Weinsteuer;
6. Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten.

Sollte eine dieser Steuern im Reichstag abgelehnt werden, so hat die Regierung Ersatzsteuern auf Lager; zu diesen gehören in erster Linie die Inzeratensteuer und die Dividendensteuer. —

Eine Drohnote.

Die Junker sind erobert über das Verhalten des Reichskanzlers und des Ministers v. Mollke in der Schädling-Affäre. Eigentlich können sie sich nicht darüber beschweren, daß beide irgend eine Voreingenommenheit für den Dufomer Bürgermeister und seine politischen Freunde bewiesen hätten, aber der Minister v. Mollke hat behauptet, daß nicht er, sondern der Regierungspräsident in Schleswig das Disziplinarverfahren gegen Schädling eingeleitet habe, er hat ferner erklärt, daß Herr Schädling nicht vom Amte suspendiert worden sei, daß der Zeugniszwang gegen den Mediziner der „Frank. Zig.“ ohne sein Wissen und Willen angeordnet wurde, und endlich wurde gar dem Regierungspräsidenten-Urteil erteilt.

Das erscheint den Landräten und Junkern als zu viel Rücksicht gegen ihre freisinnigen Blockgefährten. Die konservative Parteileitung erläßt deshalb durch die „Konserv. Korresp.“ folgende Drohnote:

„Wir haben dem sogenannten Fall Schädling bisher ein besonderes Gewicht nicht beigelegt, da dies weder der Bedeutung der erwähnten Persönlichkeit (!), noch der Sache selbst entsprechen hätte, deren bisherige dienstliche Behandlung, nach allem, was davon in der Öffentlichkeit verlautete, völlig korrekt erschien.“

Verstündlich würde es aber berühren, wenn die kürzlich erwähnte Verurteilung des zuständigen Regierungspräsidenten, wie man hier und da munkelt, in irgendwelchen ursächlichen Zusammenhang mit dieser sogenannten Affäre gebracht und etwa auf politische Motive, welche außerhalb der Sache selbst lägen, zurückgeführt werden könnte. Es würde dies eine peinliche und in den Annalen der preussischen Verwaltung immerhin so seltenen Erscheinung sein, daß der Sachverhalt seinerzeit zur völlig authentischen Klärung gebracht werden müßte.

Wir beschränken uns einstweilen auf diese Bemerkung, um die Situation nicht unsererseits, solange wir nicht völlig klar sehen, zu verschärfen, zweifeln aber nicht, daß unsere parlamentarischen Vertreter seinerzeit nicht säumen werden, Licht in die Sache zu bringen.

Die Autorität und Selbständigkeit des preussischen Staatsdienstes ist wichtig genug, um nicht ohne jede fremde Rücksicht gewahrt werden zu müssen.“

Die Drohnung ist deutlich. Milow und Mollke wird, im Fall sie nicht besser die „Autorität und Selbständigkeit des preussischen Staatsdienstes“, das heißt die Autorität und Unberührbarkeit der Landräte und Regierungspräsidenten zu wahren wissen, offen die konservative Unterstützung gefündigt. —

Ein neuer Gewaltstreik gegen das Koalitionsrecht der Angestellten.

Die in der Maschinenfabrik Augsburg stehenden Scharfmacher der bayerischen Metallindustriellen haben durch ein neues Attentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten alles bisher von dieser Seite Gebotene übertrumpft. Nachdem das Annehmen der Direktion, für 600 Mark Gratifikation aus der Berufsorganisation auszu-treten, nur bei den kaufmännischen Angestellten Erfolg hatte, versuchte man nun auch die technischen Angestellten zu machen. So wurden in den letzten Tagen die Mitglieder des Deutschen Technikerverbandes einzeln in die Bureau des Abteilungschefs be-rufen. Hier mußten diese „freiwillig“ Bekommenen den Verkauf ihres Koalitionsrechtes eigenhändig schreiben und in die Hände des Abteilungschefs legen. Die genannten Verbandsmit-glieder haben alle unterschrieben!

Der Revers, den sie ausstellen mußten, verpflichtet die Re-treffenden, der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg Mit-teilung zu machen, wenn sie irgendeiner Organisation beitreten, ebenso mußten sie sich verpflichten, niemals dem Bund der technisch-industriellen Beamten“ anzugehören. Als die Leute sich ihrer Menschenrechte begeben hatten, wurde ihnen eröffnet, daß die Direktion jetzt Aufbesserung gewähre! — Wie sagte doch der Scharfmacher der Industriellen des Saargebietes, Handelskammer-syndikus Dr. Tille: „Die Menschenrechte gehören in die Kumpel-kammer!“

Wahlrecht und Armenunterstützung.

Die Regierung hat endlich den lange geforderten Gesetzentwurf, der sich mit der Einwirkung der Armenunterstützung befaßt, ausarbeiten lassen. Ueber den Inhalt wird der „Täg. Rundschau“ von „schönenwörter“ Seite mitgeteilt:

Der leitende Gedanke dieses Gesetzentwurfes ist der, daß die Unterstützung kein Almosen aus der Staatskasse darstellen, sondern sozusagen die Früchte früherer Arbeit bedeuten soll. Eine vorübergehende Notlage, die eine Unterstützung notwendig macht, soll den davon betroffenen Staatsbürger nicht unbedingt seines vornehmsten Rechtes, des Wahlrechtes, berauben. Diese Ueberlegung bildet so-zusagen den Ausgangspunkt des Gesetzes, das in seinen weiteren Ausführungen die besonderen Fälle, wie Krankenunterstützung, Invalidenpflege, Unterstützung zu Erziehungs-zwecken usw. behandelt. Neben dem Verlust des Wahlrechtes kommt u. a. noch der Verlust des Rechtes auf öffentliche Ämter, wie Schöffen- und Geschworenen-amt, sowie das Amt als Beisitzer beim Gewerbe- und Kaufmanns-gericht in Betracht. —

Agrarische Klagen und Wünsche.

Der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 ist erschienen. Das Kapitel „Arbeiterverhältnisse“ enthält mancherlei interessante Ausführungen. So wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtlage der ländlichen Arbeiterverhältnisse im Berichtsjahre keine günstigeren geworden sei; es sei im Gegenteil in vielen Bezirken eine weitere Verschlechterung zu konstatieren. Dem Bedürfnis an menschlicher Arbeitskraft konnte nur durch das weitgehendste Entgegenkommen der militärischen Kommandostellen in Verurlaubungen von Soldaten zur Erntearbeit insoweit abgeholfen werden, daß wenigstens bedeutende Verluste der Landwirtschaft abgewendet werden konnten.

Dann heißt es, daß der stärker auftretende Arbeitermangel „eine durchgängige Steigerung familiärer Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter, nicht nur der einheimischen, sondern auch der ausländischen zur Folge gehabt“. Groß muß die „Lohnsteigerung“, von der die inländischen Arbeiter nichts gemerkt haben, nicht gewesen sein, denn der Bericht sagt, daß die ausländischen Arbeiter übertriebene hohe Forderungen außer ihren vertraglich zusehenden Bezügen gefordert haben. Das beweist, daß auch die ausländischen, auf überaus niedriger Kulturstufe stehenden Arbeiter aufzuwachen beginnen. Ihre Forderungen mußte, wie der Bericht konstatiert, vielfach nachgegeben werden. Wo sie nicht bewilligt wurden, war Kontraktbruch die Folgeerscheinung, so daß die Kontraktbrüche bei manchen Kategorien ausländischer Arbeiter sich bis auf 48 Prozent steigerten. Diese Auslassungen sind der beste Beweis dafür, daß die Junker den Arbeitern auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Wie die angeführte „Lohnsteigerung“ für die inländischen Arbeiter in Wirklichkeit eingetreten ist, geht aus der Mitteilung hervor, daß sich am 1. April 1908 in manden Gegenden eine massenhafte Kündigung der ständigen alten Arbeiter bemerkbar gemacht habe, so daß manche Betriebe zum 1. Oktober voranschreitend fast ohne Leute stehen bleiben, da sich, wie es im Bericht heißt, von selbst kein Ersatz anbietet. Daß die schlimmsten Menschenhändler schließlich keine Leute mehr bekommen, ist nur zu begrüßen, denn um deren Betriebe kann es sich einzig und allein handeln. Befürchtet wird, daß der Bau des Masurischen Kanals zur weiteren Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse beitragen könnte, da die Aussicht des Kanalbaues in den Köpfen mancher Arbeiter „Bewahrung“ verursacht habe. Es wird erklärt, daß der Vorstand der Landwirtschaftskammer hiergegen an zuständiger Stelle die nötigen Anträge gestellt habe.

Aber die Legitimationskarten läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Über die Wirkung der Zwangslegitimation ein abgeschlossenes Urteil zu fällen, ist noch nicht möglich. In einzelnen Fällen ist aber doch schon jetzt ein günstiger Erfolg zu konstatieren gewesen, so daß die Hoffnung nicht unbegründet ist, daß diese Einrichtung mit der Zeit ihren Zweck erfüllen und zur Beschränkung, wenn auch natürlich nicht zur Beseitigung des Kontraktbruchs beitragen wird. Soll aber die Zwangslegitimation die erhoffte Wirkung haben, so ist durchaus erforderlich, daß die Polizeibehörden künftig weit scharfer in der Kontrolle derjenigen Arbeitsstellen, auf denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, vorgehen. In allererster Linie müßten die Unternehmer von Wohn-, Chauffe- und ähnlichen Bauten häufiger kontrolliert und alle dort nicht richtig legitimierten ausländischen Arbeiter rücksichtslos ausgewiesen werden. Gegenwärtig werden gerade bei den sogenannten Unternehmern nach wie vor zahlreiche illegitimerte und Kontraktbrüche Arbeiter beschäftigt.“

Die Polizeibehörden sollen also im Interesse der Agrarier noch größere Wertschätzung als bisher verankern. Daß dadurch die besseren Elemente der ausländischen Arbeiter erst recht abgehalten werden, den gaslichen Boden Preußens überhaupt erst zu betreten, scheint den Junkern nicht in den Sinn zu kommen. Aus dem Jahresbericht ist deutlich zu erkennen, daß die Legitimationskarten zur Wiederhaltung der ausländischen Arbeiter dienen. Angeblich soll der Kontraktbruch bekämpft werden. In Wirklichkeit werden aber die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung verfolgt. Und dazu bietet der „Kulturstaat Preußen“ keine Hand.

Reichstagswahlwahlen.

Im Reichstagswahlwahl sind zurzeit vier Mandate unbesetzt, drei infolge Todesfalles, eins infolge Mandatniederlegung, und zwar: 4. Potsdam (Preuzlau-Angermünde); bisher v. Winterfeldt-Mentla (n.l.), 1. Königsberg (Memel-Heidekrug); bisher Schmadow (n.l.), Mandat niedergelegt, 2. Braunschweig (Selmstedt-Wolfenbüttel); bisher v. Kaufmann (Hoy. d. Noll.) f. 1. Pfalz (Speyer); bisher Ehrhart (Soz.) f. Die Ersatzwahlen werden alle noch im Oktober stattfinden, vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, so daß dieser, wenn nicht neue Verluste eintreten, vollständig sein wird. Die Wahlkreise dürften alle im Besitz der Parteien bleiben. 1907 wurden an Stimmen abgegeben: im 4. Potsdam 13 290 konfessionelle gegen 4237 sozialdemokratische und 3710 freisinnige; im 1. Königsberg in der Stichwahl 11 403 nationalliberale gegen 6481 konfessionelle; im 2. Braunschweig 14 123 nationalliberale gegen 7098 sozialdemokratische, 4876 welfische und 472 Zentrumstimmen; im 1. Pfalz in der Stichwahl 21 526 sozialdemokratische gegen 15 704 nationalliberale.

Wie die Sucht nach Profit

nicht nur alle moralischen, sondern selbst die einfachsten Rechtsbegriffe verwirrt, zeigt eine Veröffentlichung der „Deutschen Tageszeitung“, die von einem juristischen Hochschullehrer ausgeht. Dieser Lehrer des Rechts rät den Agrariern, sich an den proletarischen Waisenkinder zu vergreifen! Also eine Tat, die jeder sein empfindende Mensch als eines der schrecklichsten Verbrechen ansehen muß! Unter passender Andeutung der Gesetze sollen die Gutsbesitzer noch mehr als bisher — denn daß sie es auch bisher schon tun, verrät der gelehrte Herr Einsender selbst — danach trachten, sich in Uebereinkunft mit den städtischen Waisenbehörden ihre künftigen Landarbeiter selber heranzuziehen. Und der Justizminister soll an alle Vormundschaftsrichter eine allgemeine Anweisung erlassen, diese Art Unterbringung von Waisenkindern (natürlich handelt sich immer nur um Proletarierwaisen) zu fördern. Den städtischen Waisenbehörden soll die Sache dadurch schmackhaft gemacht werden, daß man ihnen die Billigkeit dieser Waisenerziehung rühmt. Aber der Herr Einsender ist auch naiv genug, mit offenen Worten zu sagen, was ihm der eigentliche Zweck des Verfahrens ist: „Zur Bedingung müssen die ländlichen Arbeitgeber aber machen, daß die Vormünder die Einwilligung geben, daß das Kind nach dem Abschlusse der Schule in ländliche Dienste geht, eben bei diesem Arbeitgeber.“ Dann kann er bis zur Wohlgefälligkeit sich einen Arbeiter sichern. . . .

Also nicht das Wohl des Kindes ist die Hauptsache, sondern dem Besitzer soll ein Arbeiter gesichert werden. Das hat nun offenbar mit der Waisenerziehung an sich gar nichts zu tun, und deshalb würde ein solches Eingreifen des Justizministers direkt gegen das Gesetz verstoßen. Und zwar nach dem klaren Wortlaut derselben gesetzlichen Bestimmungen, die der Herr Professor der Rechte für seinen Vorschlag geltend macht. Dieselben lauten nämlich:

§ 1688: „Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird.“

§ 1685: „Ist der Vater verhindert, die elterliche Gewalt auszuüben, so hat das Vormundschaftsgericht, sofern nicht die elterliche Gewalt nach § 1685 von der Mutter ausgeübt wird, die im Interesse des Kindes erforderlichen Maßregeln zu treffen.“

§ 1686: „Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehelichen oder unehelichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird.“

Also „zum Zweck der Erziehung“, „im Interesse des Kindes“, für das „Wohl des Kindes“ hat der Vormundschaftsrichter seine Maßnahmen zu treffen, aber nicht im Interesse des Profits der ländlichen Besitzer. Natürlich fehlt nicht das übliche Geschwätz von der gesunden Landluft, nach der sich jedes Kind sehnt, fort aus der engen, dumpfen Stadt. Das ist an und für sich ganz richtig, und wenn es sich wirklich darum handelte, die Kinder auf dem Lande zu erziehen, das heißt ihr eigenes Bestes zu fördern, so wären wir ganz damit einverstanden. Aber darum handelt sich ja eben nicht. Sondern sie sollen, ohne sie um ihre Einwilligung zu fragen, in die Sklaverei des Landarbeiterlebens gefesselt werden.

Eine neue Militärvorlage?

Das „Leipziger Tageblatt“ und die „Dortmunder Zeitung“ bringen übereinstimmend folgende sensationelle Mitteilung:

Aus bester Quelle erfahren wir, daß die Regierung dem Reichstag im Herbst eine neue Militärvorlage in Form eines Quinquennates unterbreiten wird. Alle Vorarbeiten sind schon getroffen, die Vorlage fast bis in alle Einzelheiten fertig, so daß man es wahrscheinlich gar nicht mehr für nötig halten wird, die Nachricht zu dementieren. Sollte das aber geschehen, so glaubt das Dortmunder Blatt, es ruhig der Zeit überlassen zu können, das offiziöse Dementi wieder zu dementieren. — Bemerkenswert ist, daß es sich um eine Vorlage von ernster, militärischer und finanzieller Bedeutung handelt. Wir bemerken hierzu, daß eine gleiche, jüngst erfolgte Ankündigung rasch dementiert worden ist, und es will uns in der Tat scheinen, als hätten sich die Verleumdungen vielleicht durch die Vorarbeiten für später in Aussicht stehende Vorlagen täuschen lassen.

Aber unmöglich wäre freilich auch nicht, daß man die Finanzreform mit einer Militärvorlage verknüpfen will, um nötigenfalls an das „Nationalgefühl“ appellieren zu können.

Ein unerhörtes Ausweisungsverfahren.

In der Gemeinde Lünen-Süd bei Dortmund lebte seit vier Jahren eine arme Witwe namens Wolf mit ihren vier Kindern. Ihr Mann ist vor drei Jahren gestorben. Die Witwe erhielt aus der Unterstützungskasse der Pecher „Minister Stein“, in der ihr Mann zuletzt gearbeitet hatte, eine Unterstützung von monatlich 15 M., und von der Stadtgemeinde Lünen 25 M. sowie 10 M. für Miete. Die fünfköpfige Familie bewohnte ein einziges Zimmer. Der verstorbene Ernährer war Deserteurer, die Witwe hingegen eine deutsche Schieferin.

Am vergangenen Donnerstag kam plötzlich ein Polizeibeamter in die Wohnung der Witwe und machte eine Mobilisaraufnahme, ohne der Frau zu sagen, um was es sich handele. Am Freitag erschien wieder ein Polizeibeamter in Zivil in Begleitung eines Gendarmen und eines unbekanntem Herrn in der Wohnung der Witwe und forderte sie auf, sofort einige Sachen zu packen, was sie eben mitnehmen könne. Die vier Kinder, die eben noch frohen Plutes mit anderen Kindern auf der Straße spielten, wurden gerufen und mußten sich ebenfalls unter die Obhut der Polizei begeben. Auch jetzt wurde der Frau trotz flehender Bitte noch nicht gesagt, um was es sich handele. Es ging zur Polizei, dort kam das Unglaubliche. Sie sei, so wurde ihr eröffnet, mit ihren vier Kindern nach der Heimat ihres Mannes, (sie wußte gar nicht wo diese lag) nach Deserterreich ausgewiesen. Und das trotzdem sie in Schlessen beheimatet und zehn Jahre lang in Westfalen gelebt hatte. Am selben Abend war in der „Lünen Zeitung“ eine Möbelauktion angezeigt. Am anderen Tage gegen 5 Uhr nachmittags nahmen zwei Schutzleute den Verkauf der Sachen vor. Sogar ein Kreuzhut und eine Kranzschleife von der Beerdigung des Wolf, auf der zu lesen war: „Gewidmet von der Zahlstelle Erziehung des Bergarbeiterverbandes“ standen mit zur Versteigerung. Die Sachen der armen Witwe wurden geradezu veräußert.

Die ganze Einwohnerschaft ist empört über diese Polizeitatt, weil die Familie wie Verbrecher abgehoben wurde, ohne ein einziges Mal vorher die Aufforderung erhalten zu haben, das Land zu verlassen. Es kann sich nur um den Weg der Armenunterstützung handeln. Aber die Frau hat hier zwei erwachsene, verheiratete Söhne wohnen, die nie aufgefordert worden sind, zur Unterstützung ihrer Mutter beizutragen und nie etwas von angebotener Ausweisung gehört haben. Die ausgewiesenen Russen sind doch wenigstens 24 bis 48 Stunden vorher aufgefordert worden, das Land zu verlassen.

Die „beleidigte“ Schutztruppe.

Der Hamburger Kaufmann Gottlieb Goerne, der mehrere Jahre in Südwestafrika gelebt hat, besitzt in Olankwejo ein Haus, das, weil man es für herrenlos hielt, im Jahre 1905 von Schutztruppen bezogen und erheblich beschädigt wurde. Dies wurde G. von einem Freunde mitgeteilt und er erhob Entschädigungsansprüche im Betrage von einigen tausend Mark, nachdem ihm vom Distriktskommandant v. Frankenberg eine Bestätigung der Benutzung seines Hauses zugegangen war. Seine Rechnung wurde zwar an das Gouvernament in Windhut weitergegeben, aber dabei hatte es auch sein Bewenden. Als ihm die Sache zu langweilig wurde, richtete er am 26. Oktober 1906 an das Oberkommando der Schutztruppe zu Berlin ein Schreiben, in dem er seiner Meinung dahin Ausdruck gibt, daß durch die Weitergabe seiner Rechnung an das Gouvernament die Erledigung der Sache um einige Jahre weiter in die Länge gezogen werde. Weiter heißt es darin: „Schon der Umstand, daß die Truppe die Benutzung meines Hauses mit wohlweislich versäuseln hat, und mich, wenn ich nicht durch Zufall von der Benutzung der Räume hörte, um meine Rechte gebracht hätte, ist doch wohl hinreichend Veranlassung, die Sache prompt aus der Welt zu schaffen.“ Darin soll nach Ansicht des Vertreters des Reichskanzlers eine Beleidigung der Schutztruppe enthalten sein, und dem Strafamt gegen G. wurde bereitwillig statgegeben.

Die Angelegenheit wurde am Mittwochnachmittag vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg verhandelt. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll es sich um eine „öffentliche Beleidigung wider Besseres Wissen“ handeln, was der Angeklagte bestritt, da es sich

um eine Beleidigung der Schutztruppe an das Oberkommando handelte. Alle seine Angaben beruhten auf Tatsachen, daher könne von einer Beleidigung der Schutztruppe keine Rede sein, wie auch eine solche gar nicht beabsichtigt sei.

Der Staatsanwalt beantragte nach dieser Darstellung der Sachlage die Freisprechung des Angeklagten, der in Wahnehmung berechtigter Interessen gehandelt und nur Abwehrmaßregeln ergriffen habe.

Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und erkannte auf Freisprechung.

Ein standhafter Glaubensstreiter.

Der sich zur Sekte der Adventisten bekennende Musikleiter Gottlieb Zeglatis vom 85. Infanterieregiment in Neudenburg ist wiederholt wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden, zuletzt am 26. Mai d. J. vom Kriegsgericht der 18. Division zu einem Jahre Gefängnis. Gegen diesen Urteil hat er Berufung eingelegt, die am Dienstag vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) zur Verhandlung kam. Wie in den schon früher berichteten Fällen handelt es sich auch in diesem um Gehorsamsverweigerung in der Zeit vom Freitag bis Sonnabendabend. „Du sollst Gott mehr gehorchen, denn den Menschen“ erklärt der Angeklagte auf die an ihn gerichteten Fragen. Er ist inzwischen von einem Oberstabsarzt auf seine psychische Verfassung untersucht, aber für normal befunden worden. Vor Gericht entspann sich zwischen dem Vorsitzenden und dem Oberstabsarzt einerseits und dem Angeklagten andererseits ein theologischer Disput, bei dem letzterer erklärte, alle ihm auferlegten Prüfungen geduldig tragen zu wollen, denn er wolle demnächst rein vor seinen höchsten Richter treten. Und dabei blieb er. Unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft wurde die Strafe auf acht Monate Gefängnis ermäßigt.

Preussische „Schulleute“.

Gelegentlich der diesjährigen Waisener in Dortmund stillerten in Hörde acht Schulleute — ohne jede Veranlassung — naheinander neun unserer Genossen, die mit vielen anderen von der Waisener abends zurückkehrten. Die Festgenommenen wurden während der Nacht in Haft gehalten. Im Anschluß hieran wurde ihnen der Prozeß gemacht. In der gestrigen Verhandlung vor dem Höcker Schöffengericht erfolgte jedoch entgegen dem Antrage des Staatsanwalts Freisprechung der Angeklagten. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Anklage nicht ausreicht zu halten sei. Die Aussagen der Schulleute seien außerdem widersprüchlich. Das Vorgehen der Schulleute sei nicht ganz verständlich. — Wegen Freiheitsberaubung wird selbstredend gegen die Beamten nicht vorgegangen werden. Das würde gegen die Praktiken des Staates der vollendeten Rechtsgarantien verstoßen.

Schweiz.

Ein entlarvter russischer Spion.

In unserem Genfer Parteiblatt, dem „Peuple“, wird der „Revolutionär“ Boris Guerya, der sich angeblich vor der russischen Regierung nach Genf geflüchtet haben soll, als Spion entlarvt. Er ist zweifellos nicht der einzige und auch nicht der letzte Spion der russischen Regierung in der Schweiz. —

Türkei.

Die Triple-Patente gegen Bahnbauten.

In der Warienhader Zusammenkunft des Königs von England, des russischen Ministers des Äußeren Iswolski und des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau ist nach dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ die Frage der Balkanangelegenheiten sehr ausführlich besprochen worden. Man befürchtet, daß durch die notwendige Verwendung vieler Ingenieure und Arbeiter fremder Nationalitäten neue Reibungsflächen bei der kaum beruhigten Bevölkerung geschaffen werden, und empfiehlt, von den nötigsten Vorarbeiten abgesehen, die Angelegenheit in der Schwebe zu lassen. Ebenso sprach man sich für ruhiges Zuvorkommen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des konstitutionellen Systems in der Türkei aus.

Drohtkrawall in Konstantinopel.

Infolge der Weigerung der Behörden, den Wägern von Konstantinopel eine Erhöhung des Brotpreises zu gestatten, ist dort am Mittwoch nur wenig Brot gebacken worden. Zahlreiche Wägereien wurden deswegen abends geplündert.

Marokko.

Mulay Hafid's Triumph.

Die die „Ägyptische Zeitung“ aus Tanger vom 26. August meldet, ist Mulay Hafid auch in Razaqan zum Sultan ausgerufen worden.

In Warienhader hat am Mittwoch eine Zusammenkunft zwischen dem König von England, dem russischen Minister des Äußeren Iswolski und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau stattgefunden. Ueber die Vereinbarungen will der Korrespondent des „Berl. Tageblattes“ erfahren haben: Die Vertragswünsche von Algier sollen sich einigen, Mulay Hafid anzuerkennen, wenn Garantien für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse gegeben und eine Verwaltung nach europäischem Muster unter Kontrolle der europäischen Mächte eingeführt werde unter Wahrung der religiösen Eigenart Marokkos und Schaffung eines Befehlshabers und einer Art Gendarmerie nach Art der in Prozedieren bei Bekämpfung des Bandenwesens verwendeten. Es soll vorgeschlagen werden, daß die Algiermächte sich durch eine neue Konferenz oder diplomatische Rundschreiben über diese Frage einigen. —

Aus Industrie und Handel.

Terrainschwindel — Wauschwindel.

Der Berliner Baumarkt ist an und für sich in mäßiger Lage, wofür vor kurzem „Der deutsche Oekonomist“ mit Recht das Wauschwindel dem Verantwortlich machte. Man kommt aber Enttäuschungen über Enttäuschungen. Die Wauschwinder wollen dies nicht auf sich sitzen lassen und erklären, was das Wauschwindel anlangt, so handle es sich hierbei meist um die Tätigkeit von Strohmännern, welche die Werkzeuge der zahlreichen Terrainschwindler niederen Ranges sind. Das sogenannte Wauschwindel charakterisiert sich fast stets als Terrainschwindel! Die Unternehmer spielen die Rolle der Gefohlenen, die Terrainschwindler dagegen die der Schieber. In Niddor, in Rausow, im Rorden und Nordosten Berlins treiben diese „Terrainschwindler“ ihr Spiel. Sie haben ihre Gelände zu günstigen Preisen erworben und machen für diese Stimmung, indem sie ihren Strohmännern durch Hintermänner 2000 bis 3000 Mark in die Hand drücken und sie als Käufer für Bauparzellen „auftreten lassen. Dann geben oder verschaffen sie ihnen Baugeld, bemessen dasselbe aber so lang, daß der „Unternehmer“ mit Mühe und Not den Wauschwinder fassen kann. Um nun das Marko auszugleichen, besorgen die Terrainschwindler dem Strohmännern Kredit, bei Stein-, Holz-, Mörtelherstellern, bei Fenster- und Türenfabriken, bei Ofenbauern und Installateuren. Und diese Manipulationen bilden den Spießpunkt

Ihrer unheilvollen Tätigkeit. Denn hierbei werden langsam aber sicher die zu hoch bezahlten Grundstückspreise auf die Schultern der Lieferanten abgewälzt. Der „Unternehmer“, hinter dem sich die Terracingesellschaft verbirgt, hat nie etwas befehlen, konnte daher nichts verlieren, die Terracingesellschaft freut sich des mühelos auf Kosten der Lieferanten eingetragenen Gewinnes. Letztere bleiben die Leidtragenden. Und die nun uninteressierte Terracingesellschaft ruft scheinbar teilnahmsvoll zum Trost für die geschädigten Lieferanten in die Welt hinaus: „Wieder einer von der Sorte der Wau-schwinder!“

Arbeitslosigkeit und Krise.

Seeben veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Köln das vorläufige Ergebnis der am 2. August unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen vollzogenen amtlichen Arbeitslosenzählung. Von Arbeitslosen sind insgesamt 1940 Jährlinge ausgezählt worden gegen nur 702, 713 und 788 bei den Sommerzählungen der drei vorausgegangenen Jahre. Am stärksten sind die Angehörigen des Baugewerbes von der Arbeitslosigkeit getroffen. Bei der vorläufigen Schätzung des Jählmaterials wurden 594 dem Baugewerbe angehörende Arbeiter als arbeitslos ermittelt, eine Zahl, die sich bei der weiteren Verarbeitung der Jährlinge noch erhöhen wird. Das Statistische Amt bringt u. a. 884 Personen, die Jährlinge ausgezählt haben, als „ortsfremd und polizeilich nicht gemeldet“ in Abzug; als ob die nicht genau so auf dem Arbeitsmarkt lasteten wie die Anwesenden, ja ihn nicht noch ungünstiger beeinflussten als diese, weil sie vielfach als Lohnrücker wirken.

Trotz dieser an sich unberechtigten Abstrichung bleibt die Zahl der Arbeitslosen immer noch mehr als doppelt so hoch als im Jahre vorher. Wenn schon im Sommer eine so hohe Arbeitslosenzahl vorhanden ist, was wird da erst der Winter bringen! Die Gemeinden haben die Pflicht, ungesäumt Maßnahmen zur Bekämpfung der im kommenden Winter zweifellos zu erwartenden Wassermisere zu treffen.

Neuauflage von Talern.

Die Ausgabe der neuen Dreimarkstücke ist, wie die „Nln. Ztg.“ berichtet, demnächst zu erwarten. Von der neuen Münze sind 15 Millionen Mark in Prägung gegeben, also 5 Millionen Dreimarkstücke, die nunmehr in den Verkehr kommen. Die Herstellung der neuen Münze hatte sich dadurch etwas verzögert, daß die schon Anfang Juli in Prägung gegebenen neuen Matrizen für die Rand-schrift sowie die neuen landesherlichen Wabnisse längere Zeit in Anspruch nahmen. Im Münzverkehr des Reichs wird das Dreimarkstück voraussichtlich am willigsten in Norddeutschland aufgenommen werden, besonders im Nordosten, wo der frühere Taler lebhafter kursierte als in Süddeutschland.

Zechenstilllegungen im Ruhrrevier.

Die Zeche „Altendorf“ in Altendorf a. d. Ruhr, welche über 900 Mann beschäftigt, wird nach einer Mitteilung des Gruben-borstandes in aller nächster Zeit stillgelegt werden. Man ist bereits in Verhandlungen über die Übernahme der Betriebsziffer des Kohlenwerks eingetreten. Die Zeche hat noch einen sehr großen Kohlenvorrat. Ihr Betrieb wird jedoch durch den Wasserzufluß der zur Stilllegung gelangenden Nachbarzechen „Steingatt“ und „Katharina“ gefährdet. Dazu kommt, daß die Nachbarzechen „Charlotte“, „Heinrich“ und „Eiberg“ demnächst ebenfalls zur Stilllegung kommen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Deh, Zeitregler-Synthesat, Schönhauser Allee 9-10, dauert fort. Die Firma sucht jetzt unter dem Namen „Feinmechanische Werke“ Arbeitswillige. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß es sich beim „Zeitregler-Synthesat“ und dem „Feinmechanischen Werke“ um ein und dieselbe Firma handelt. Arbeitsangebote dieser Firma sind streng zurückzuweisen.

Die Ortsverwaltung.

Klagen über die Firma Hermann Meyer u. Co.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte am Mittwoch eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Hermann Meyer u. Co., Groß-Debitateure, Baitstr. 11/12, einberufen. Eine Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Meyers Betrieb war notwendig geworden, denn die Klagen über schlechte Behandlung und Entlohnung wurden immer lauter erhoben. Von den etwa 200 Angestellten sind nahezu die Hälfte weibliche Personen. Viele junge Mädchen erhalten neun Mark Wochenlohn; Mädchen über 16 Jahre erhalten 10, bis zum Höchstlohn von 12 Mark pro Woche. An die Arbeiter in den Kellereien und im inneren Betriebe werden Wochenlöhne von 18 bis 21 Mark bezahlt. Die Wagenlader erhalten neben den 18 Mark eine Vergütung von 3 Mark pro Woche, wofür sie aber jeden Abend dableiben müssen, bis der letzte Kutscher abgefertigt ist. Andere Betriebe zahlen für die gleiche Arbeit 28-30 Mark pro Woche. Als die Arbeiter bei Meyer mehr verlangten, wurde ihnen geantwortet, daß man von ihrem „Geschäftsinteresse“ erwarte, daß sie die nötigen Ueberstunden machen. Andere Arbeiter erhielten kurzweg ihre Entlassung, wenn sie der geringen Löhne wegen vorstellig wurden. Dabei müssen sich die Arbeiter und die Arbeiterinnen eine sehr grobe Behandlung gefallen lassen. Der Deutsche Transportarbeiterverband, an den sich viele Arbeiter wandten, nahm Veranlassung, bei der Firma vorstellig zu werden und auf Abstellung der Mißstände zu dringen. Ueber einen Werkmeister Müller war die Entrüstung besonders groß geworden, der Verband führte in seiner Beschwerdeschrift an, welcher Ausdruck sich dieser Mann dem Personal gegenüber bediente. Die Firma erklärte, daß der Mann eine Verwarnung erhalten habe, im übrigen aber hätte er diesen Ton aus seiner Militärzeit her noch beibehalten, in der Kaserne hätte man sich dabei nichts gedacht.

Die Firma klagte nun ihrerseits über die vielen Diebstähle (von Flaschen mit Likör usw.) und über die Kopfschmerzen, die es machte, 3500 Mark an Löhnen jede Woche herbeizuschaffen. Bei 200 Angestellten entfällt ein Durchschnittslohn von 17,50 Mark pro Woche auf die Person, wahrlich ein äußerst geringer Lohn. Ueber, der in der Betriebsversammlung referierte, machte mit Recht darauf aufmerksam, daß regelmäßig in den Betrieben, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden, auch am meisten gestohlen wird. Die Firma klagte noch über andere „Schandthaten“ der Arbeiter, die die Klosetts mit heimlich ausgetrunkenen Likörflaschen verstopfen, wodurch großer Schaden entsteht. Von einer Regelung der Verhältnisse im Betriebe durch Mitwirkung der Organisation, durch einen Arbeiterausschuß, durch Berücksichtigung der Wünsche der Arbeiter will die Firma aber nichts wissen; sie wünscht nicht „die Einmischung fremder Personen“, sondern handelt nach Willkür und dem kurzfristigen eigenen Ermessen. Von einer Tätigkeit des Arbeiterausschusses, den die Firma einmal erwähnt, ist den Arbeitern selbst nichts bekannt, bei der Verwendung der Straf-gelder haben die Arbeiter nichts mitzureden. Wie die Arbeiter behandelt werden, zeigt unter anderem ein ausgehängtes Plakat, welches lautet:

„Das Ausreten ist nur nach vorheriger Genehmigung des Betriebsleiters gestattet.“

In der Diskussion wurden noch vielerlei Klagen erhoben, leider aber hat die Organisation dort nur wenig Loben gewonnen, die wenigsten haben begriffen, daß darin ihre einzige Hilfe und ihre Stärke liegt, wenn sie sich dem Verbands anschließen. Nur dann können sie ihre Lage verbessern und Forderungen stellen, die Hermann Meyer zu respektieren haben wird.

Deutsches Reich.

Die Barbiergehilfen in Offenbach befinden sich in einer Lohn-bewegung. Ihre Forderung, 20 Mark Lohn und eine Stunde Mittagspause in der Zeit von 1/2 bis 1/3 — neben Abschaffung von Kost und Logis beim Meister — hat die „Freie Vereinigung der Barbier und Friseur“ (Zunftschaft) abgelehnt. Es soll nur 18 Mark Lohn geben und 1/2 Stunde Pause zur Freizeit. Einen Streik mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen, ist die Organisation zu schwach. Mit Hilfe des Wohlwollens derjenigen Meister, die den Forderungen durchaus unzugänglich sind, durch Unterstützung der Presse und des Publikums unter strengster Bern-haltung des Zugangs hofft man, die geringen Forderungen durchzudrücken zu können.

Ausland.

Der Stand der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht soeben die Gewerkschaftsstatistik pro 1907, die ein erfreuliches Wachstum der verschiedenen Verbände erkennen läßt. Danach zählten die 84 Verbände, welche dem Gewerkschaftsbund angehören, Ende 1907 71 404 Mitglieder gegenüber 62 387 Ende 1906, so daß sie einen Zuwachs um 9087 erfuhren. Die einzelnen Verbände haben folgende Mitgliederzahlen aufzuweisen: Metall-arbeiterverband 17 824 (1906: 14 500); Uhrenarbeiterverband 7780 (1906: 6530). Dem Uhrenarbeiterverband verwandte Organisationen: Schalenmacher und Perdanismacher 3000 Mitglieder, Uhrenstein-arbeiter 900, Uhrenschalenbearbeiter 600, Termineure 600, Ziffer-blattmacher 450 und Uhrensteinbohrer 307. Die Gesamtzahl der in der Uhrenindustrie beschäftigten organisierten Arbeiter beträgt also jetzt 18 500 Mann. Die verschiedenen Organisationen der Textilarbeiterverbände zählten insgesamt rund 10 000 Mitglieder, Holzarbeiter 7863, Buchdrucker 2856, Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe 1226, Buchbinder 630, Lithographen 571, Lebens- und Genußmittelarbeiter 4308, Heimarbeiter 2500, Zimmerleute 1485, Schuhmacher 1306, Gemeinde- und Staatsarbeiter 1750, Arbeiter-lammer des Kantons Tessin 3033 usw.

Dazu kommen noch die 6 Verbände der Maurer und Hand-langer (6000 Mitglieder), Gipser und Kaser (3900), Schneider (1920), Typographen der romanischen Schweiz (821) und Guttmacher (277) mit zusammen 14 064 Mitgliedern, die zwar auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, jedoch dem Gewerkschaftsbund nicht an-gehören.

Die Verbände des Verkehrspersonals (Eisenbahn, Post und Telegraph) umfassen 42 554 Mitglieder, sie gehören dem Gewerkschaftsbunde ebenfalls nicht an.

Die christlichen Gewerkschaften zählen angeblich 5300 Mit-glieder, außerdem sollen 6000 Textilarbeiterinnen in den katho-lischen Arbeiterinnenvereinen organisiert sein, deren gewerkschaft-liche Qualität wohl aber sehr gering ist.

Die Gesamtzahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Schweiz beträgt demnach 135 377, eine schöne Zahl, die aber angesichts der Zahl von mindestens 400 000 organisationsfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen noch durchaus unbefriedigend ist. Sie kann und wird auch hoffentlich noch vervielfältigt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Noch einmal Rot und Schwarz.

Unser Artikel, der kürzlich unter der Spitzmarke „Rot und Schwarz“ erschien, hat das Münchener „Erbauungsblättchen“ in heiligen Zorn versetzt. Besonders die Bezeichnung „Organ für die geistige Verkrüppelung der katholischen Diensthöten“ hat die Gesalbten des Herrn aus ihrer christlichen Dummheit aufgeschreckt. Grimmig schüttelte der Herr Diözesanpräses das olympische Haupt und tauchte seinen Kiel in die geweihte Tinte, um den fürchterlichen Vornstrahl nach Berlin SW. 69 zu senden. „Noch einmal Rot und Schwarz“ überschrieb er seine gewaltige Strafschrift. Mit Behemeng greift der hochwürdige Herr in die Taschen seiner Soutane, um uns mit „geschichtlichen Daten“ in den Sand zu strecken. Wir hatten geschrieben, daß erst die sozialistische erfolgreiche Agitation unter den Diensthöten die Diener der Kirche zu der Erkenntnis gebracht hat, daß die Hausflaven nichts weniger als auf Rosen gebettet sind. Und nun antwortet der Nachfolger jenes Nazareners, der nicht hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte:

„Diese Kirche, für welche der ‚Vortwärts‘ nur Hohn und Spott hat, und die Männer in der Kutte“, welche ihm ganz be-greiflich sehr verhaßt sind, haben für den dienenden Stand schon gearbeitet, als noch niemand von der Sozialdemokratie etwas wußte. Nur ein Beispiel. Am 12. Oktober 1888 gründete der bekannte Diensthötenvater Joseph Weis die Marienanstalt in München mit dem dreifachen Zweck der Diensthöten-erziehung, Diensthötenvermittlung und Verpflegung und Diensthöten-versorgung im Alter. Und warum? Nicht bloß aus Mitleid mit den armen Dienstmädchen, sondern aus dem richtigen sozialen Empfinden, daß der Gesamtheit ein hervorragender Dienst geleistet werde und ein gut Teil der sozialen Frage gelöst sei, wenn der Diensthötenstand gehoben werde.“

Also der hochwürdige Diözesanpräses. Und nun folgt eine be-ängstigende Flut von Zahlen, wieviel Diensthöten vermittelt und verpflegt wurden in der „Marienanstalt“ des seligen Diensthöten-vaters Joseph Weis.

Zuletzt wirft der fromme Herr die grimmige Frage auf: „Was hat denn die Sozialdemokratie für die Diensthöten schon besonders geleistet?“ Dabei stützt er sich auf einen Artikel in den „Sozial-istischen Monatsheften“ von Edmund Fischer, in dem auf die Notwendigkeit eines Heims und Sammelorts für die Diensthöten hingewiesen wird. Und daß der „Berein für die Interessen der Diensthöten“ sich im Jahre 1906 auf streng sozialdemokratischen Standpunkt stellte, wird frohlockend erwähnt. In diesem Punkte hat der gute schwarze Mann recht. Von einer „Marienanstalt“ seien wir ab, da die Almsenttheorie und Vettelstuppenpraxis der Kirche schon genügend bekannt ist. Durch Almsen und Vettelbroden hat sie die ausgepöbelten Schichten abhängig von sich gemacht und gefesselt, während sie selbst fabelhafte Schätze anhäufte und ganze Länder an sich riß. Wir fragen aber die gesalbten Herren mit dem „richtigen sozialen Empfinden“, warum sie, wenn es ihnen ernst ist um die Hebung des Diensthötenstandes, nicht an unserer Seite stehen, um grundsätzliche Veränderungen darin herbeizuführen. Gewiß konnte die sozialdemokratische Partei im Jahre 1886 nicht etwa eine „Marienanstalt“ bauen, denn sie existierte ja damals noch nicht, was dem Herrn mit den „geschichtlichen Daten“ ja bekannt ist. Seit wir aber eine Macht bilden, sind wir für alle Unterdrückten, auch für die Hausangestellten eingetreten. Konnten wir so leicht die Diensthöten organisieren, wo uns stets die vereinsgesellschaftlichen Fuß-angeln bedrohten? Wo waren die Herren vom Zentrum, wenn unsere Abgeordneten zum hundertstenmal beantragten, die mittel-alterliche Gesindeordnung abzuschaffen? Steht nicht fast in jeder Nummer des katholischen Organs, daß sie nur für eine „Reform“ zu haben seien? Nicht Almsen, sondern Menschenrechte wollen wir den Hausangestellten bringen. Davon wollen aber die „Seelenhüter“ nichts wissen, sie wollen keine freien, aufgeklärten Charaktere, sondern gläubige — Schafe.

Für Gleichberechtigung treten die Frauen in dem jüngsten Staate der nordamerikanischen Union, in Oklahoma, ein. Bei der Beratung

der Konstitution für den neuen Staat hatte der Gewerkschaftsführer Gaurath den Antrag auf Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen gestellt. Der Antrag wurde mit 65 gegen 87 Stimmen von den Staatsweisen abgelehnt. Das erbitterte die Frauen; sie taten sich zusammen und benutzten die jetzige Wahl-bewegung, um ihre Macht zu zeigen. Der als Vertreter des Volkes in das Staatsparlament gewählt werden will, muß sich einer Prüfung unterwerfen. Jedem Bewerber um ein Mandat, gleichviel ob er sich für sozialistischen, republikanischen oder demokratischen Partei bekennt, wurde die Frage vorgelegt: „Werden Sie im Falle Ihrer Wahl für die Vornahme einer Abstimmung über ein Amendement der Kon-stitution stimmen, durch welches den Frauen das Stimmrecht in gleichem Umfang wie den Männern gewährt wird?“

Rund zwei Hundert der Kandidaten, darunter selbstredend alle Sozialisten, erteilten bejahende Antworten.

Oklahoma hat besondere Volksrechte eingeführt, wie die Initiative und das Referendum, und unter den Staatsbeamten sind Frauen keine seltenen Erscheinungen. Ueber die Frage der Gleichberechtigung der Frauen werden die Wähler in direkter Abstimmung ihr Urteil abgeben, wenn vom Parlament auf die Frage vorgelegt wird, oder auch, wenn die Frauen es verstehen, eine Volksbewegung zu ihren Gunsten hervorzubringen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 8. September: Ausflug des Vereins und der Jugendabteilung nach Grünau. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Montag, den 7. September: Lichtbilder-Vortrag: „Das Leben und die Kunst Giovanni Segantinis.“ Lokal: „Deutscher Hof“, Ludauer Straße 15. Gäste sehr willkommen.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Am 26. August fand eine Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Holzarbeiter-verbands statt. Die den großen Saal von Freyer in der Kopen-nstraße füllte. Die Abrechnung vom 2. Quartal lag gedruckt vor. Sie schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 182 307,82 Mark ab. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen für die Arbeits-lofenunterstützung am Orte 83 697,67 Mark, auf der Reise 1 689,59 Mark, für Streikunterstützung 11 034,35 Mark, für Krankenunterstützung 35 661,45 Mark, für Unterstüfung der Waisensperreten 13 050,35 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse beliefen sich, den alten Bestand mit-gerechnet, auf 208 755,80 Mark, die Ausgaben auf 174 288,47 Mark, so daß der Bestand am Quartalschluß 34 467,33 Mark war. Für die Arbeitslofenunterstützung wurden aus der Lokalkasse 53 329,55 Mark gezahlt, für Unterstüfung der Waisensperreten 37 796,90 Mark, für die Krankenunterstützung 28 333,65 Mark. Der Kassierer R i e l e gab zu dem gedruckten Bericht verschiedene Erläuterungen und Er-gänzungen. Er teilte unter anderem mit, daß nach Abschluß des Kassenerichts die Gesamtsumme der Ausgaben für Unterstüfung der Waisensperreten auf 60 947,30 Mark angewachsen ist, wovon 42 688,80 Mark aus der Lokalkasse, 18 248,50 Mark aus der Hauptkasse flossen. Die Waisensperrettung hat in diesem Jahre fast 24 000 Mark mehr Ausgaben erfordert als in den vorhergegangenen Jahren zusammengekommen.

Der Bericht der Ortsverwaltung, den der Bevollmächtigte G l o c k e gab, zeugte von reger Tätigkeit innerhalb der Organi-sation. Neben einer großen Anzahl anderer Versammlungen und Sitzungen fanden im Laufe des Quartals nicht weniger als 103 Vertrauensmännerversammlungen und 62 Mitgliederversamm-lungen in den Bezirken und Branchen statt. Die Verwaltung be-schäftigte sich in ihren Sitzungen 46mal mit Streiks und Diffe-renzen; 46 Mitglieder wurden als gemahregelt anerkannt und 37 Mitgliedern mußte Rechtschutz gewährt werden. Die Krise dehnte sich im Laufe des Quartals noch weiter aus; am größten war die Arbeitslosigkeit im Juni. Erfreulich ist es, daß unter diesen traurigen Wirtschaftsverhältnissen die Mitgliederzahl auf der Höhe blieb.

Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung, daß die Einscheer nun wie alle übrigen Branchen Sonnabends ihre Beiträge zu entrichten haben.

Ueber die Differenzen und Streiks im 2. Quartal berichtete R e i c h e. Die Schlichtungskommission wurde 60mal an-gerufen. Verhandlungen der beiden Obmänner fanden 81, mit Sachverständigen 10 statt. Außerdem fanden 93 Verhandlungen über Differenzen bei Nichtvertragsmeistern statt. Zum Streik kam es in acht Betrieben mit 148 Arbeitern. Es handelte sich in allen Fällen, mit Ausnahme des Koffermacherstreiks, an dem sechs Mitglieder beteiligt waren, um Abwehr von Lohnver-schlechterungen.

Die Kontrollkommission hielt, wie der Obmann Leopold berichtete, 201 geschäftliche Sitzungen und 1273 Werk-stattungen ab. An den Werkstattungen nahmen aus 1717 Be-trieben 16 936 Arbeiter teil, von denen 14 864 organisiert waren.

Hierauf folgten die Berichte der Arbeitsvermittler. Vom paritätischen Arbeitsnachweis berichtete F e h n e r. Es meldeten sich im Laufe des Quartals 8216 Arbeitslose; die Zahl der Stellenangebote betrug 2088; befehigt wurden 1613. Die höchste Zahl von Arbeitslosen war am 19. Mai vorhanden, nämlich 3500. Jetzt sind noch ungefähr 1600 Arbeitslose gemeldet. Das zweite Quartal war für die Arbeitsvermittlung eines der schlechtesten, die je zu verzeichnen waren. — Vom Verbandsarbeitsnachweis berichtete S p ä t h e. Hier meldeten sich 863 Arbeitslose, und Stellenangebote liefen 259 ein, befehigt wurden 178. Am Quartals-schluß waren 273 Arbeitslose eingeschrieben. Besonders schwer lastet die Krise auch auf die Vergolderbranche, in der die Zahl der Arbeitslosen schon seit einem halben Jahre ungefähr 33 Proz. beträgt.

In der Generalversammlung wurden ferner die Stichwahlen zur Hauptverwaltung vorgenommen. Als Weisler zum Hauptvor-stand wurden Swinkowski, Döring, Gäbler, Siebel, Oehlert und Rennau gewählt, als Revisoren der Hauptkasse Klingner und Leopold, und in die Preschkommission der „Holzarbeiterzeitung“ Schmidt und Schwarzmeier.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Forberung von Notstandsarbeiten.

Kaiserlautern, 27. August. (W. G.) Eine zahlreich besuchte Arbeitslofenversammlung richtete an die Stadtverwaltung das Er-suchen, Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, um der gegenwärtig bestehenden großen Arbeitslosigkeit abzuhelfen.

Dem Tode überantwortet.

Petersburg, 27. August. (W. L. W.) Das Oberkriegsgericht in Petersburg prüfte heute die Kassationsklage und bestätigte das Urteil des Kriegsgerichts in Nikolajew, welches acht Japaner wegen Ueberfalls auf die sie nach dem Gefängnis führenden Sol-daten und wegen Verwundung derselben zum Tode durch den Strang verurteilt hat.

Konferenz der Arbeiterbeisitzer der Gewerbegerichte.

Vena, 26. August 1908.

Die heutige Verhandlung beginnt mit einem Referat des Delegierten Horchler-Duisburg zu den Fragen:

„Kann der Arbeiter den Arbeitsvertrag wegen Irrtum anfechten, wenn er erst nach dem Arbeitsantritt erfährt, daß in dem Betriebe ganz oder teilweise gestreikt wird?“

und

„Hat der Arbeitgeber im Zusammenhang mit dem Dienstvertrage eine Pflicht zur Aufrechterhaltung bei der Arbeit abzuhebender Arbeiter und wie weit geht die Haftung für abhanden gekommene Gegenstände?“

Redner stellt sich in seinen Ausführungen auf den Standpunkt, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, den neu eintretenden Arbeitern von einem bestehenden Streik im Betriebe Mitteilung zu machen, jedenfalls aber dürfe er keine Entschädigung fordern, wenn der Arbeiter beim Bekanntwerden des Streiks ohne Kündigung den Betrieb verläßt. Eine interne Konferenz der Vorstehenden nieder-rheinischer Gewerbegerichte habe leider im entgegengekehrten Sinne entschieden. Bezüglich der zweiten Frage kommt Redner zu der Schlussfolgerung, daß eine Haftbarkeit nur dann in Frage kommen kann, wenn es sich um geschlossene Räume oder verschließbare Behälter handle. In der Debatte gehen die Meinungen über die erste Frage weit auseinander, über die zweite Frage herrscht Einstimmigkeit vor.

Es wird alsdann die Diskussion über die Stellungnahme zu dem

Proportionalwahlssystem

wieder aufgenommen. Im Prinzip sprechen sich sämtliche Redner dafür aus, doch ist man verschiedentlich aus Zweckmäßigkeitsgründen der Ansicht, daß es nicht nötig sei, den Gegnern unserer Organisation die Verhältniswahl aufzunötigen, von denen nur die Gegner den Vorteil hätten, da die gegnerischen Organisationen und gegenüber nicht so loyal handeln. Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, bedauert es, daß solche Anschauungen in unsern Kreisen überhaupt aufkommen können. Die Demokratie verlange eine entsprechende Vertretung der Minderheit. Die Hochhaltung unserer Prinzipien verlange deshalb, daß wir ohne Rücksicht auf etwaigen Schaden für die bedingungslose Einführung des Proportionalwahlsystems einzutreten haben. Wenn der tatsächliche Einwand richtig sei, daß man die Position, die man selbst einnehme, nicht ohne weiteres zu gefährden brauche, dann habe auch das reaktionäre Junkertum recht, wenn es uns das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verweigere. Der fundamentale Grundsatz unseres Programms dürfe durch keine Rücksicht durchbrochen werden.

Nach einer sehr eingehenden Aussprache gelangt folgende „Resolution“ gegen drei Stimmen zur Annahme:

„Die heutige Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkte der Verhältniswahl steht. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich, falls an sie der Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestellt wird, für dieselbe einzutreten. Das ablehnende Verhalten der freiorganisierten Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehenden Mehrheitsparteien kann sie in der prinzipiellen Frage nicht beirren.“

Cohen-Berlin, der von seiner Organisation als Gast delegiert ist, richtet an die Konferenz das Ersuchen, dafür einzutreten, daß er auf den morgen beginnenden Verbandstag der Gewerbegerichte in einer prinzipiell wichtigen Frage das Wort erhält. Redner erteilt Vorgänge aus der Rechtsprechung am Gewerbegericht Berlin, gegen die ein energischer Protest erforderlich sei, und die eine Stellungnahme der Gewerbegerichte in ihrer Gesamtheit erfordern. — Die Konferenz stellt sich einmütig auf den von Cohen vertretenen Standpunkt.

Der Delegierte Am Ende aus Görlitz vertritt einen Antrag, der bezweckt, daß der Verband der Gewerbegerichte auch Vorklässe fassen soll, er muß sich aber dahin befehlen lassen, daß der Verband eine behördliche Organisation ist, die in den Satzungen festgelegt hat, daß die Verhandlungen nur der freien Aussprache und der Information dienen, lediglich aus diesem Grunde seien Arbeiter und Unternehmer zugelassen.

Eine ausgedehnte Debatte entspinnt sich sodann über eine Vorlage der Gewerbegerichtsbeisitzer in Frankfurt a. M., die sich mit der Stellungnahme des letzten Gewerkschaftskongresses zu der Frage

Kleines feuilleton.

Geistige Arbeit und Erholung. Das Problem des Einflusses, den die geistige Arbeit auf das Muskel- und Nervenstern und auf die physischen Kräfte des Menschen ausübt, beschäftigt die experimentelle Psychologie schon seit geraumer Zeit und eine Reihe von praktischen Versuchen ist unternommen worden, die zu dieser so bedeutsamen Frage interessante neue Aufschlüsse herbeitragen. Selbst der Laie kann bei der Beobachtung eines intensiv geistig Arbeitenden äußere Veränderungen deutlich wahrnehmen: eine leichte Röte, die Anspannung gewisser Gesichtsmuskeln und die Schwankungen der Atemfunktionen. Die Untersuchungen von Heimrich, die sich auf die Veränderungen der Pupille erstrecken, haben gezeigt, daß die Spannkraft der Gewebe sich lockert, und die späteren Experimente von Mac Dougal brachten übereinstimmende Erklärungen. Fortgesetzte geistige Anstrengung führt in der Regel zu einer physischen Ermüdung. Allerdings hat man vereinzelt Fälle beobachtet, in denen die intellektuelle Tätigkeit zu einem Erregungszustande führte, der zugleich die Muskelkräfte steigert; aber in einer interessanten Untersuchung, die Raymond Reutter im Journal des Debats veröffentlicht, wird darauf hingewiesen, daß die Ermüdung der Muskeln nach geistiger Arbeit doch als die allgemeine Regel angesehen werden kann. Das beweisen auch die Untersuchungen von Professor Mosso, der sich bei seinen Experimenten des Ergographen bediente, mit dessen Hilfe er die Muskelkraft in den verschiedenen Stadien geistiger Tätigkeit ziemlich genau messen konnte. Bei den ersten Versuchen hatte der Dr. Maggiora sich den Messungen unterworfen. Während eines Examens, bei dem die geistige Anspannung des Lehrers durch die Anwesenheit der Kollegen noch gesteigert wurde, erzielte er vor Beginn der Arbeit an dem Apparat 55 Schwingungen; 3 1/2 Stunden später, am Schluß des Examens, kam er nur noch zu 9 Schwingungen. Die Versuche wurden dann während der regelmäßigen Vorlesungen fortgesetzt, die für den Lehrer eine Tagesgewohnheit bedeuten. Hier konnte vor der Stunde 48, nach der Stunde aber nur 37 Schwingungen registriert werden, so daß auch bei der normalen geistigen Tätigkeit, die Schwächung der Muskelkräfte klar zutage trat. Allein die Nachwirkungen intellektueller Tätigkeit erstrecken sich nicht allein auf die Muskelkraft, sondern auch auf die Sensibilität, die Atmung, den Blutkreislauf, usw. Reutter hat bei seinen Versuchen als Folge intensiven geistigen Arbeitens eine Ermüdung des Taktstimm feststellen können, Vinet und Valschi haben den Einfluß der Gehirnarbeit auf den Blutdruck nachgewiesen und andere Forscher die Schwächung der Herzleistung festgestellt. Für die Praxis ergibt sich hieraus die Forderung, sich systematisch auf die Anstrengungen der Geistestätigkeit vorzubereiten: durch Stärkung der Muskel- und Nervenkräfte. Insbesondere für die Jugend ist eine solche Abmilderung der physischen Kräfte für die geistigen Aufgaben von weittragender Bedeutung. Man hat die Versuche über die Wirkungen der Gehirnanstrengung auf die

Vertretung durch Arbeitersekretäre und Organisationsangestellte vor den Gewerbegerichten

beschränkt. Der Frankfurter Vertreter Mummendich kritisiert den diesbezüglichen Beschluß des Gewerkschaftskongresses, der von wenig praktischer Erfahrung zeugt, und tadelt die Generalkommission, daß sie sich nicht mit erfahrenen Praktikern aus den Kreisen der Arbeiterbeisitzer in Verbindung gesetzt habe. Redner legt der Vertretung durch Arbeitersekretäre wenig Wert bei, zumal sie die Gefahr in sich trage, daß das Bestreben, auch die Rechtsanwältel zuzulassen, dadurch verwickelt werden könne. Redner wünscht, daß der fragliche Beschluß des Gewerkschaftskongresses wieder aufgehoben wird und befristet eine bessere Erziehung und Aufklärung in den Gewerkschaften, damit die Arbeiter in der Lage seien, sich selbst zu vertreten. — Die Ausführungen des Frankfurter Delegierten finden teilweise lebhaften Widerspruch, teilweise wird dem Redner beigestimmt. Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, wendet sich gegen die erhobenen Vorwürfe und betont, daß der Referent auf dem Gewerkschaftskongresse die Materie durchaus sachlich bearbeitet habe. Ueber die Zulassung der Rechtsanwältel und die Stellung der Arbeitersekretäre scheint vielfach eine total falsche Meinung vorzuherrschen. Die Arbeiter, die an sich schon in einer viel ungünstigeren Position ständen, wie die Unternehmer, brauchen häufig die Vertretung. Die Arbeitersekretäre vertreten ohne jedes persönliche Interesse und ohne persönliche Beziehung zu den Arbeitern deren Sache, während der Rechtsanwalt finanziell interessiert sei. Bei auch nur einigermaßen loyaler Auffassung könne man den § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes nicht dahin auslegen, daß die Vertretung durch Anwälte und Arbeitersekretäre dasselbe sei. Die Vertretung der Frankfurter sei übertrieben. Jeder Versuch, Rechtsanwältel zuzulassen, sei zu bekämpfen, dagegen sei die Beibehaltung der Arbeitersekretäre als Vertreter zu fordern.

Dr. Winter-Bien berichtet, daß man auch in Oesterreich den Versuch gemacht habe, die Rechtsanwältel zuzulassen, sie seien aber immer auf Grund des einschlägigen Kommentars zum Gewerbegerichtsgesetze abgewiesen, obwohl sie nicht einmal grundsätzlich ausgeschlossen seien. In Oesterreich hat die Arbeiterschaft zur Reformierung des Gewerbegerichtsgesetzes einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die grundsätzliche Ausschließung der Rechtsanwältel und die Zulassung von Angestellten der betreffenden Berufsorganisationen gefordert werden soll. Im übrigen teilt Redner den Standpunkt des Vertreters der Generalkommission.

Wolf-Frankfurt verteidigt nochmals den Frankfurter Standpunkt, findet aber nur noch wenig Anklang, so daß er die vorliegende Resolution fallen läßt.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen ist nur noch von Bedeutung ein Antrag des Verbandes der deutschen Handlungsgesellschaften, Leipzig, der besagt, daß es den Arbeitgebern verboten sein soll, Angestellte oder Arbeiter durch Bekämpfung, schwarze Listen oder Einrichtungen anderer Art an der Erlangung einer Stellung zu hindern wegen ihrer Zugehörigkeit zu ihren Berufsorganisationen. Falls das doch geschieht, sollen die Strafbestimmungen des § 153 der R.-G.-O. Anwendung finden. — Die Konferenz stimmt dem Antrage zu.

Ein „sozialpolitisches“ Denkmäl hat sich der Stadtrat von Rezerne gesetzt, indem er die Entsendung von Delegierten zu dem Verbandstage mit der Begründung ablehnte, daß die Bescheidung mit je einem Vertreter der Arbeiter und Unternehmer gar keinen Nutzen für die Allgemeinheit bringe, wohl aber die Rechtsbegriffe eines Laien zu verwirren geeignet sei und die charakteristische Unvorsichtigkeit und Unwissenheit verwickeln könne. (Allgemeines Gelächter.)

Nachdem dann noch das Ergebnis der Verhandlungen von Körsten in einem Resümee zusammengefaßt ist, wird die Konferenz geschlossen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Die Nürnberggenossen zur Budgetbewilligung.

Am Donnerstag tagte eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, die einen sehr bewegten Verlauf nahm. Die fünf sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Nürnberg hatten die Genossen Kollwagen und Simon mit der Vertretung beauftragt. Kollwagen rechtfertigte in seinen Schlussbetrachtungen die Zustimmung zum Budget damit, daß die Sozialdemokratie in den Einzelberatungen 90 Proz. aller Staats-

Schulen ausgedehnt und dabei außerordentlich interessante Beobachtungen gewonnen. Vorher hatten schon Keller und Kempies in den Lehranstalten die Abnahme der Muskelkräfte nach den Unterrichtsstunden festgestellt; Vinet und Valschi haben in Paris die Versuche weiter ausgedehnt, die Handfertigkeit, die Beweglichkeit, die geistige Frische, das Gedächtnis und die Reaktionszeit auf gewisse Vorstellungen vor und nach den Unterrichtsstunden untersucht. Die wichtige Frage: wie lange können Kinder geistig arbeiten, ohne zu ermüden, hat dann durch die umfangreichen praktischen Versuche von Claviere interessante Klärungen erfahren. Sie haben ergeben, daß einer zweistündigen intensiven Gehirnarbeit eine sehr erhebliche Schwächung der Muskelkraft folgt. Bei einer mittelmäßigen Geistesstätigkeit tritt keine Abnahme der Kräfte ein, und werden in derselben Zeit die geistigen Anstrengungen völlig ausgeschaltet, so folgt eine Steigerung der Muskelkraft. Der holländische Psychologe Dr. Schuyten hat namentlich die Untersuchungen auf das ganze Schuljahr ausgedehnt, um darüber Aufschluß zu gewinnen, zu welcher Zeit die physiologischen Wirkungen der geistigen Anspannung auf die Jugend am stärksten zutage treten. Das Ergebnis war, daß die Muskelkräfte die höchste Abnahme im Monat März zeigten, so daß für die Kinder gerade im Frühjahr die Anspannung der Fertigkeit, also etwa unsere Oesterreicher, von der größten Bedeutung ist.

Ein Märchen der Wapare. Im „Globus“ erzählt Bernhard Strauß eine von ihm aus dem Sudelst überlegte Geschichte aus der Volkstheater der Wapare (Pare ist das langgestreckte Hochland zwischen Usambara und der Kilimandscharo-Niederung), die das erste bisher bekanntgewordene Märchen dieses deutsch-ostafrikanischen Regentums ist. Sie lautet wie folgt: „Es war einmal vor alters eine Witwe, die hatte zwei Söhne. Und als die Söhne groß geworden waren, wollten sie heiraten und sprachen zu ihrer Mutter: „Wir wollen jetzt heiraten.“ Die Mutter überlegte in ihrem Herzen und sagte: „Ich habe jetzt keinen Mann, und ich bin alt und werde bald sterben. Als mein Mann starb, hat er mir kein Stück Geld hinterlassen. Und jetzt, was soll ich diesen Kindern geben?“ Einmal rief sie ihre Söhne und sprach zu ihnen: „Bringt mir ein Schaf, und zwar ein recht fettes, daß ich esse, denn ich bin nun alt geworden und werde bald sterben.“ Die Söhne sagten zu ihr: „Gut!“ gingen aus, ein Schaf zu suchen, brachten es herbei und schlachteten es. Und ihre Mutter ah das Fleisch wie sie es gewünscht hatte. Als es zu Ende war, rief sie die Söhne und sagte zu ihnen: „Weißt hier, ich will geben und mein Wasser schöpfen; aber wenn ihr Geschrei hört, kommt sehr schnell herbei.“ Sie nahm dann ihre Kalebasse und ein Leopardenfell und ging zum Fluß an die Stelle, wo die Fiegen zu trinken pflegten; dort am Wege setzte sie sich, wickelte sich in das Leopardenfell und verhielt sich ruhig. Als nun die Fiegen kamen, wurden sie unruhig; der Hirt bemerkte es, und als er jenes Fell sah, dachte er: es sei ein Leopard, und schloß einen Pfeil nach ihm. Die Fiegen schrie laut auf, und die Söhne hörten sie, kamen und schloßen die Fiegen. Es verammelten sich die Fiegen und Dorfleute und wählten Schauri (Veratung). Die beiden Söhne

ausgaben bewilligt hat, daß den Arbeitern und Beamten zu einer besseren Stellung verholfen wurde, daß viele Fortschritte erreicht sind usw. Die Kreise, die wir gewinnen wollen, hätten es nicht verstanden, wenn wir zuletzt alles abgelehnt hätten. — Die Abgeordneten Simon und Dr. Sühheim haben sich in der Fraktion gegen die Zustimmung zum Budget erklärt. Simon begründete seinen Standpunkt in der Versammlung. Er ist der Meinung, daß keine zwingenden Gründe vorliegen haben, ebenso Dr. Sühheim. — In der Diskussion schloß sich eine ganze Anzahl Redner den Ausführungen der beiden Genossen an. Es lagen vier Resolutionen vor. Die Versammlung mächte um 12 Uhr abgebrochen und auf Montag vertagt werden.

Die Karlsruher Parteiorganisation zur Budgetbewilligung.

In einer stark besuchten Versammlung nahm am Donnerstag der sozialdemokratische Verein Karlsruhe Stellung zum Nürnberggen Parteitage. Zur Budgetbewilligung legte der Referent Weismann eine Resolution vor, die das Einverständnis mit der Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ausspricht. Die nächsten Landtagswahlen würden zeigen, daß die Fraktion mit der Budgetzustimmung im Sinne der sozialdemokratischen Wählerschaft Baden gehandelt habe. Die Resolution erwartete vom Nürnberggen Parteitage, daß er eine Verschärfung der Nürnberggen Resolution ablehnt bezw. bei einer Abänderung der politischen Situation in Süddeutschland Rechnung trägt. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine zweite Resolution eingereicht, welche die Abstimmung der Fraktion billigt, aber das Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstande als scharfste verurteilt. In diesem Sinne sprachen sich die Diskussionsredner aus. Die Versammlung wurde auf acht Tage vertagt, weil sich noch viele Redner zum Worte gemeldet haben.

Hamburg II.

In der Generalversammlung für den zweiten Hamburger Wahlkreis begründete der Genosse Stengels den Antrag des Vorstandes, noch einen weiteren Delegierten nach Nürnberg zu entsenden. (In der vorigen Versammlung wurden Hoffmann und Frau Heuer mit der Delegation betraut.) In der letzten Versammlung habe man geglaubt, der Parteitag werde einen rein geschäftlichen Charakter tragen. Durch die Budgetbewilligung der badischen und bayrischen Landtagsfraktionen wie auch durch die Begleiterscheinungen habe sich aber die Sache geändert. In erster Reihe müsse der Parteitag den zutage tretenden Opportunismus und Partikularismus bekämpfen und den in Frage kommenden Genossen klar machen, daß die Partei in ihrer Mehrheit von einer Verwischung des Klassencharakters nicht wissen wolle. Es handle sich darum, den Fingel, der prinzipiell einer opportunistischen Politik sich entgegenstelle, zu stärken, und deshalb schlage der Vorstand vor, von dem jedem Wahlkreise zustehenden Recht, drei Delegierte zu entsenden, Gebrauch zu machen. Der Vorstand beantragte ferner die Annahme dieser Resolution: „Der sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg nicht nur den durch Budgetbewilligung begangenen Disziplinbruch badischer und bayrischer Landtagsabgeordneter scharf rüge, sondern auch Vorkehrungen treffe, daß in Zukunft für derartige Vorkommnisse eine Verurteilung auf Parteitagebeschlüsse auch formell unmöglich sei.“

Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen und beschlossen, einen weiteren Delegierten zu wählen. Die Wahl fällt auf den Genossen Weinheber.

Die drei Hamburger Kreise entsenden mithin neun Delegierte.

Potsdam-Dshavelland.

Die Generalversammlung der Organisation des Wahlkreises Potsdam-Dshavelland delegierte die Genossen Paris, Leidner und Karl Kautsch. — Eine Resolution, die das Verhalten der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten mißbilligt, fand Zustimmung, ebenso die bereits veröffentlichte Resolution des Kreisvorstandes in Sachen der Jugendorganisation.

E. R.

Ueber den Genossen E. R., dessen neuerliche Ausgrabungen tork gestern mit seiner 1903 erschienenen Broschüre „Sächsische

„Dieser soll und jetzt bezahlen, denn er hat unsere Mutter getötet, als sie Wasser schöpfte.“ Der Hirt wurde verurteilt, ihnen zu zahlen und mußte zehn Kinder bezahlen. So wurden sie reich und konnten heiraten. Das Märchen bietet zur Kenntnis der Regersfelder viel Interessantes. Bemerkenswert ist zunächst die bei der Selbstopferung gesteigerte Liebe der Mutter zu ihren Söhnen. Sie geht nach sorgsam erwogenem Plan in den Tod, um durch das so herbeigerufene Schauri den Söhnen Geld zur Heirat zu schaffen; mit Vieh und Bombe wird ja das Mädchen gekauft. Typisch ist auch der Prauch, sich vor dem Tode noch einmal recht satt zu essen, und auf der anderen Seite die Unerbittlichkeit, mit der das afrikanische Gewohnheitsrecht gehandhabt wird. Der Hirt kommt gar nicht zu Wort; er hat einen Menschen getötet und muß die Entschädigung zahlen.

Humor und Satire.

— Begrüßung. An ihrem höchsten Feiertage, bei dem das Fasten obligatorische Pflicht ist, treffen sich zwei Israeliten auf der Straße: „Wahlzeit!“ — „Wahlzeit!“ — „Du, wie geht's?“ — „Wie soll's gehen? Man fast! Fasten Sie auch?“ — „Du, gewiß fast ich auch.“ — „Wahlzeit!“ — „Wahlzeit!“

— Historie. Rubide aus der Brenzlauerstraße hat sich zu einer Reise nach Oberitalien aufgeschwungen. In Mantua überliefert er sich einem Fremdenführer, und nachdem der ihm mehrere Sehenswürdigkeiten gezeigt hat, sagt Rubide: „Du mücht ich aber auch endlich das Gesangs in Mantua sehen, wo der Pagenhofer in Banden gefesselt hat!“ (Lustige Blätter.)

— Humor des Auslandes. „Und wie gefällt Ihnen das Ehepaarlein, John?“ — „Gefällt mir ganz und gar nicht.“ — „Kann, was ist denn mit ihr, John?“ — „Na, das erste morgens ist gleich: Geld; wenn ich zu Tisch nach Hause komme, ist es wieder: Geld; und abends ist's das gleiche. Nichts als Geld, Geld, Geld!“ — „Das ist ja doll! Was macht sie denn mit all dem Geld?“ — „Ich weiß nicht. Ich hab' ihr noch teins gegeben.“ — („Pick moup“.)

Notizen.

— Tolstoi soll nach Petersburger Nachrichten schwer erkrankt sein. In Petersburg ist sogar das Gerücht verbreitet, daß Tolstoi sich in der Agonie befinde.

— Wildermarder haben in einem Wiener und einem Petersburger Museum wertvolle Gemälde von van Dyck bezogen. Poucher gestohlen. In Frankfurt a. M. ist von einem unbekanntem „Sammler“ die Geburtsurkunde Goethes aus den alten Registern auf dem Standesamt ausgegriffen und entwendet worden.

— An Heinrich Heines Geburtshaus in der Volkersstraße in Düsseldorf ist eine Bronzetafel mit einem Reliefbild des jungen Dichters enthüllt worden. Ein Brüsseler Heine-Verbreiter ist der Stifter. Das offizielle Düsseldorf glänzte bei der Enthüllungsfest natürlich durch Abwesenheit.

Politik: Konfrontiert hatten, schreibt die „Seipziger Volkszeitung“:

„Wie das Eigenbleiben der sächsischen Genossen von diesen selber aufgefacht wurde, darüber hat nicht nur Weyer, sondern auch Weibel und Goldstein sich so deutlich ausgedrückt, daß alles Gerade darüber überflüssig ist.“

Aber nicht nur Weyer, Weibel und Goldstein, sondern auch der Genosse Rißche selber war sich darüber vollständig klar, daß diese formale Saloppeerie des Eigenbleibens nicht etwa eine Staatsbewilligung bedeutet. Oder etwa nicht? Seit den neunziger Jahren ist der Genosse Rißche ständiger Berichterstatter des sächsischen Landtags für die sächsische Parteipresse. Er hat mit angesehen, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Staatsabstimmung sich ergeben haben und damit, wie er jetzt sagt, für den Etat gestimmt haben. Und hat geschwiegen! Warum? War er etwa für die Staatsbewilligung? Kein Gedanke! Noch heute erklärt er, daß er ihr Gegner sei. In der Nr. 100 der „Dresdener Volkszeitung“ vom 18. August 1908, als er zum erstenmal der stammenden Welt seine aus den Archiven der sächsischen Landtage geschöpfte Entdeckung kundgab, sagte er:

„Man kann es ja verstehen, wenn sozialdemokratische Vertreter in den Landtagen der Einzelstaaten zu der Ansicht kommen, es sei ein Widerspruch, erst fast alle einzelnen Staatskapitel zu bewilligen und dann gegen das Ganze zu stimmen. Aber diese Erwägung kann und darf meiner Ansicht nach nicht allein ausschlaggebend sein, sie darf uns nicht dazu verleiten, einer wahrheitsfeindlichen Regierung, einem Polizeistaat wie Sachsen und Preußen, das Budget zu bewilligen. Doch bin ich weit entfernt, nachträglich Kritik an dem früheren Verhalten der sozialdemokratischen Vertreter im sächsischen Landtage üben zu wollen.“

Entweder also hat Genosse Rißche schon in den neunziger Jahren das Eigenbleiben der sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtage ebenso aufgefacht wie heute, nämlich als eine Bewilligung des Etats, dann hat er sich durch sein Stillschweigen eines Parteibergehens schuldig gemacht, das um so schwerer wiegt, als er damals ohne Frage der einzige Parteigenosse in Sachsen war, der diesen Verstoß bemerkt hatte. Oder aber er ist damals ebensowenig wie alle anderen sächsischen Genossen und wie die sächsischen Abgeordneten selber auf den heiteren Einfall gekommen, in dem Eigenbleiben der Genossen eine Bewilligung des Etats zu erblicken. Das letztere ist das wahrscheinlichste. In diesem Falle bedeuten seine archaischen Studien nichts anderes, als den wider besseres Wissen unternommenen nichtswürdigen Versuch, den wohlüberlegten und planvoll vorbereiteten Disziplinbruch der Süddeutschen zu beschönigen und der dagegen sich auflehrenden gesunden Protestbewegung der Gesamtpartei böswillig das Rückgrat zu brechen.“

Konferenz der freien Jugendorganisationen Deutschlands.

Die Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands (Sitz Berlin) hat zum 6. September d. J. nach Berlin, Kommandantenstraße 68/69 (Vokal „Arminhallen“), die zweite Konferenz einberufen. Als vorläufige Verhandlungspunkte sind vorgegeben:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
 2. Berichte:
 - a) der Geschäftsleitung:
 - aa) Allgemeines. Referent: Mag. Peters.
 - bb) Kasse. Referent: Paul Krätzer.
 - b) der Revisoren. Referent: Herm. Roede.
 - c) des Ausschusses. Referent: Aug. Zwachmann.
 3. Arbeiterbewegung und selbständige Jugendbewegung. Referent: Mag. Peters.
 4. Organisation.
 - a) Allgemeines;
 - b) Statutenberatung;
 - c) Gauseinteilung.
 5. Die Arbeit und die Bedeutung der freien Jugendorganisationen in Deutschland. Referent: Mag. Peters.
 6. Agitation.
 7. Sonstige Anträge.
 8. Wahlen.
 9. Bestimmung über Zeit und Ort der nächsten Konferenz.
- Die Verhandlungen sind öffentlich und jedermann kann als Gast an den Verhandlungen teilnehmen. Es wäre daher zu wünschen, daß alle bestehenden Jugendvereine, auch wenn sie nicht der Berliner „Vereinigung“ angeschlossen sind, wie überhaupt alle Freunde der Jugendorganisation sich an dieser Konferenz beteiligen. Vorherige Anmeldung erbeten. Die Adresse des Lokalkomitees ist: Hermann Roede, Berlin N., Hermsdorfer Straße 11.

Aus den Organisationen.

Die Kreis-Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland tagte letzten Sonntag in Kremmen. Der Vorstandsbericht konstatiert, daß infolge der Krise, die sich namentlich in Belten, dem Sitz des Zentralvorstandes, sehr fühlbar macht, ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu dem neuen Einheitsstatut für die Provinz Brandenburg, nahm auch den 20 Pfennig-Beitrag für weltliche Mitglieder an, sprach sich aber für Herabsetzung der Kreisabgaben an das Provinzialsekretariat auf 10 Prozent aus, weil sonst dem Kreise nicht genügend eigene Mittel verbleiben.

Die sozialistische Föderation von Australien.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß in Sidney die Gründung einer allgemeinen sozialistischen Föderation für die australischen Bundesstaaten erfolgt sei. In Auszuge brachten wir die Prinzipien-Erklärung der neuen Partei. Durch die jetzt eingetroffenen australischen Parteiblätter werden nun auch die übrigen Beschlüsse der Konferenz bekannt. Sie zeigen, daß die junge Partei auf durchaus prinzipiellem sozialistischem Boden steht, den sie in mehreren Beschlüssen scharf zum Ausdruck gebracht hat.

Die Konferenz beschloß ohne lange Diskussion, daß bei allen Wahlen Kandidaten der eigenen Partei aufzustellen sind. Das ist eine für australische Verhältnisse weitgehende Abgabe nicht nur an die rein bürgerlichen, sondern auch an die Arbeiterpartei. Die Mitglieder sind gehalten, keiner anderen Partei, auch nicht der alten Arbeiterpartei anzugehören. Die von den europäischen Sozialreformern bis über's Bohemied gepriesenen obligatorischen Lohnämter und -Schiedsgerichte hat die Föderation entschieden abgelehnt. In einer Resolution erklärt sie, daß die Erfahrungen in Neu-Seeland und anderen Staaten gelehrt haben, die obligatorischen Lohnämter und -Schiedsgerichte seien für die Arbeiterklasse schädlich. Sie haben die Gewerkschaften in Stärke und Geist geschwächt, haben sie hindern und in jeder Form der Emanzipation der Arbeiter hinderlich. Die Konferenz verurteilt deswegen ohne Reserve diese Institutionen als gefährlich für die Arbeiterschaft von Neu-Seeland und fordert die Arbeiterschaft auf, sich dem Registrierzwang nicht zu unterwerfen und überhaupt danach zu trachten, das kapitalistische Ministerium wegen seiner Tyrannei und Intoleranz gegen die Arbeiterklasse zu stürzen.

Die Aufstellung eines besonderen Reformprogramms (Political palliatives) wurde von der Konferenz abgelehnt. Die sozialistische Föderation, so heißt es in dem Beschlusse, hat immer und überall, solange das gegenwärtige System nicht beseitigt ist, folgendes als Richtschnur zu nehmen: Will diese Regierung die Interessen der arbeitenden Klasse fördern und die Arbeiter in ihrem Klassenkampf gegen den Kapitalismus zu unterstützen? Wenn sie es will, dann hat sie die Unterstützung der Partei, wenn nicht, tritt die Partei in Opposition zu ihr.

Ihren Standpunkt zu den religiösen Bekenntnissen hat die Partei in folgendem Beschlusse niedergelegt: Die Föderation, deren Propaganda und Aktion auf der marxistischen Philosophie und Wissenschaft beruht, erklärt, daß die materialistische Geschichtsauffassung im Widerspruch steht zu allen Systemen der Theologie und sie verwirft deshalb jede unumschränkte Autorität und begrüßt die Herrschaft der Vernunft als Ausdruck der ökonomischen Gesetze.

Gegen den Militarismus wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß die Partei sich gegen jede Form des Militarismus wendet. Die Arbeiterklasse habe mit aller Energie ihre ökonomische und politische Organisation aufzubauen, wodurch allein die Kriege unmöglich gemacht werden. Während der Anwesenheit der amerikanischen Flotte in den australischen Gewässern soll die Föderation aller Staaten Protestdemonstrationen veranstalten. Die Konferenz wandte sich auch gegen eine Utopie, für die die Arbeiterpartei unter den Arbeitern Propaganda mache, und die dahin geht, die Sozialisierung der Produktionsmittel durch eine gigantische „Ablösung“ der besitzenden Klasse (durch Geldentschädigung) herbeizuführen.

Schließlich wurde beschlossen, in allen Staaten Fonds zu bilden, um den nächsten internationalen Kongress mit Delegationen bescheiden zu können. Ferner soll die Exekutive dafür sorgen, daß die Föderation auch im internationalen Bureau Vertretung erhält.

Vermischtes.

Ein schweres Grabungsglück

wird aus Dortmund berichtet: Als gestern früh auf Schacht Clausdal der Zeche Luise Tiefbau bei der Einsocht der Worgenschicht sich der Förderkorb mit acht Bergleuten zwischen Sohle 5 und 6 befand, stürzte der Schacht ein. Die acht Bergleute wurden verschüttet. Wie eine spätere Nachricht meldet, gelang es am Nachmittag, die acht Arbeiter unverletzt zu retten.

Ein ergrauter Wüstling. Vor der dritten Ferienkammer des Dresdener Landgerichts erschien, aus der Untersuchungshaft befreit, der 1860 geborene, zuletzt in Oberwiesenthal wohnhaft gewesene Kaufmann Georg Oskar Griesbach, um sich wegen Sittlichkeitsverbrechens nach den §§ 176, 8 und 175 des Reichsstrafgesetzbuches zu verantworten. Der Angeklagte, eine Ehrfurcht gebietende Erscheinung mit bis auf die Brust reichendem silberweißen Vollbart, ist wegen schwerer Verfehlungen gegen die Sittlichkeit bereits mit zwölf Jahren Zuchthaus vorbestraft. In den letzten Jahren betrieb er in Dresden ein offenes Kolonialwarengeschäft. Allgemein fiel es auf, daß vornehmlich Knaben zu seinen Kunden zählten und sich stundenlang in seinem Laden aufhielten. Diese verdächtigen Gerüchte kamen zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die vor Monaten dann zur Verhaftung Griesbachs schritt. Ihm meldeten sich eine ganze Reihe von Anaben, die Opfer des befehrten Wüstlings geworden waren. Bei der gestrigen Hauptverhandlung waren nicht weniger als 21 Knaben als Zeugen zugegen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Griesbach die Knaben durch Versprechungen in den Geschäftsbereich gelockt, auf den Ladentisch geworfen und sich in nicht näher zu bezeichnender Weise an ihnen vergangen hat. Insbesondere werden dem Angeklagten 17 vollendete Fälle von Sittlichkeitsverbrechen nachgewiesen. Die Gesamtsumme der dafür vom Gericht ausgeworbenen Einzelstrafen würde mehr als 20 Jahre Zuchthaus betragen. Es wurde aus diesen Einzelstrafen eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus gebildet. Dem Angeklagten, der nach Ansicht des Gerichts geradezu verwirrt auf die Jugend gewirkt hat und sich an deren Zukunft schwer verständigte, wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Dreißig Bergleute ersticht.

Ein verhängnisvoller Grubenbrand brach, wie aus Mac Meister im amerikanischen Staate Oklahoma berichtet wird, in dem Kohlenbergwerk von Heisey-ville aus. Durch den Brand wurden über dreißig Bergleute, die sämtlich Ausländer sind, abgetötet. 25 Leichen wurden bereits geborgen, man nimmt an, daß 30 Bergleute ersticken. Das Feuer sprang auf Delfässer über. Die Vorkrichtungen, durch die sie aufgefunden werden sollten, zerbrachen.

Ueber die Weltsprache werden die Genossen Peus & Dessau und Nerbach aus Lypen, die dem Dresdener Esperantistenkongress beiwohnten, am Sonnabendabend 8 Uhr im Gewerkschaftshause hier Vortrag halten. Nach dem Referat ist freie Aussprache.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 48. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Budgetabstimmung in Baden. Von Gustav Lehmann (Mannheim). — Der Proletariat und die russische Revolution. Von R. Trotsky. — Der Parteienkongress und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Von Wagnon Lee. — Die internationale Jugendbewegung. Von G. d. M. Literarische Rundschau: Dr. Joh. Ullrich, Der Romismus und seine Ideale. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von „Wahren Jacob“ wird in den nächsten Tagen die 18. Nummer des 25. Jahrgangs zur Ausgabe gelangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Holl Schöding“ und „Die Finanzwirtschaft im Reich“ sowie die weiteren Bilder „Verdränge“, „Wissenschaftliches und Drogen“, „Ein Spahnogel“, „Ein Schürzer der Ausbeute“, „Freie Wissenschaft“, „Die deutsche Diplomatie im Kongress der Weltmächte“, „Internationales: 1. Russland und Persien, 2. Türkei und Preußen“, „Abdul Kamids Rettungsgürtel“, „Aus der Stadt der weißen Relle“, „Angemessen“, „Sozialpolitik“ und „Das Kanossa des Reichskanzlers“. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Jeppelein am Wäggel“, „Weltkrieg“, „Im Schandenstuhl“, „Wete und tauget!“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das satirische Heulleton „Kamillentag derer von Ehrenberg“ und die Novelle „Der Ruchelopp“ von Edmund Hoyer. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Geschäftsbericht. Verbandsbericht der zum „Verein der Brauereien Berlin und der Umgegend“ gehörigen Brauereien. Für das Jahr 1907. Berlin SO.

Dr. R. Günther. Vom Urteil zum Menschen. Ein Bilderatlas zur Abstammungs- und Entwicklungs-geschichte des Menschen. 8. bis 10. Lieferung erschienen. (20 Lieferungen à 1 M.) Verlag der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart.

Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 1907. Selbstverlag des Verbandes, Stuttgart.

Jahresbericht der Agitationskommission der sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins und des Justizium Lübeck 1908. Verlag: Fr. Bartels, Altona.

Ueber den Wesele! Von G. Glmann. 1 M. Verlag: G. Lorenz in Trautenau.

Die Frau und ihre Zeit. Heft 8. 50 Pf. Von U. Bremer. Verlag: Dumbrack, Berlin SW. 68.

Fraut Weckind. Von Dr. J. Kapp. Geb. 4 M. Verlag: G. Vardorf, Berlin W. 80.

9. Jahresbericht 1907 des Arbeiterssekretariats Frankfurt a. M. 196 Seiten. Verlag: „Volksstimme“, Frankfurt a. M.

Seefische — Riesenfänge Besonders **Schollen 22** Pl. per Pfd. **Dorsch 20** Pl. per Pfd. **Brat-Schellfische 20** Pl. per Pfd.

unserer Dampfer ermöglichen **empfehlenswert:** (ca. 1-3 Pfd. schwer) (ca. 1 Pfd. schwer)

Volksnahrung! billigste Preise! Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Verkaufsstellen: Prinzenstraße 64, an der Ritterstraße. Schlesischer Bahnhof, Bogen 8-9, Madai-str., bei der Fruchtstr. Invalidenstraße 131, vis-a-vis Stettiner Bahnhof. Gr. Frankfurter Str. 65, bei der Marsillusstraße. Potsdamer Str. 112a, bei der Lützowstraße. Tel. A. VI. 719. Wiltschackerstr. 67, bei der Droyesstraße. Tel. A. II. 2039. Wilmorsdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz. Tel. Charlottenbg. 5718. Spandau. Brellstr. 54, am Markt. Tel. Spandau 748. Tegel, Trosckow-str. 14, Ecke Schlioperstraße. Tel. Tegel 114.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Börse. Hauptgeschäft **Größte Hochseefischerei Deutschlands** Zentral-Fernsprecher Amt III, 8804.

50 eigene Fischdampfer. Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport. Seefisch-Kochbücher gratis.

Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.

Allen Parteigenossen und Freunden zur Nachricht, daß ich **Zuckauerstraße 2** die Restauration übernommen habe. Ein Vereinszimmer (40 Personen fassend) ist noch einige Tage zu vergeben. Kochstubevoll **Heinrich John**.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Maritzplatz, 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 9-4.

Carmen Sylva Cigaretten **Beste Qualitäten**

Kapitän-Kautabak = in feinsten Qualität = wieder genügend am Lager.

Die Rollen und Bündel (10 Pl.-Vkl.) werden nur noch in Etiketten verpackt geliefert, um den immer häufiger vorkommenden wertlosen Nachahmungen entgegenzuwirken.

Kapitän-Kautabak unverpackt, bitte daher, weil unecht, zurückzuweisen.

Carl Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112 (Tel. Amt VII 3301).

med. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für Haut- u. Harnleiden, Potsdamer Str. 117 (9, 12-2 und 1/2-9 abends) Neanderstr. 12 (nahe Jannowitzbrücke (1/2 10-11 und 1/2 5-1/2 Uhr). Vollkommenes kombiniertes Heilverfahren. Ausführliche Broschüre über den Wert sämtl. 431 Heilmittelchen in verschlossen. Rubert gratis u. postfrei.

Soeben erschienen: **Die preussische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen.** Von Herm. Wendel. Preis 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69 (Laden).

Billige Rohfabrik. Max Jacoby, Stralitzerstr. 62

Soeben erschienen: 247/54 **Hochkonjunktur u. Wirtschaftskrisis** von **Max Schippel**.

Inhalt: I. Der Zusammenbruch in Amerika. II. Deutschland bis zur amerikanischen Krise. III. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt. IV. Schlussbemerkungen.

Diese hochaktuelle Schrift kann jedem Parteigenossen bestens empfohlen werden.

Preis 1.- M. 50 Pf. Ausgabe 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Kapitän-Kautabak = in feinsten Qualität = wieder genügend am Lager.

Die Rollen und Bündel (10 Pl.-Vkl.) werden nur noch in Etiketten verpackt geliefert, um den immer häufiger vorkommenden wertlosen Nachahmungen entgegenzuwirken.

Kapitän-Kautabak unverpackt, bitte daher, weil unecht, zurückzuweisen.

Carl Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112 (Tel. Amt VII 3301).

Gesundheit ist Reichtum! **Bad Berlin-Ost im „Bad Frankfurt“** Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 406L und Herren.

3 Wannendächer mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten-Idarzeit)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Meisterfänger von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Spigante auf Touris.
Neues Königl. Opernhaus. Margarete.
Deutsches. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Kammertheater. Gespenster. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Leistung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues Schachspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. Ex-Ex-Ex.
Königl. Oper. Der Herrissens. Residenz. Der Floh im Ohr.
Kammertheater. Die blaue Maus.
Trionon. Fräulein Zollette — meine Frau.
Deutsches. Ein Walzenträum.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Parisa.
Schiller Charlottenburg. Das Stillsitzen.
Gebbel. Vom Tode. Die Stärkere. Mit Feuer spielen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schachspielhaus. Geschlossen.
Luisen. Geschlossen.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Verdard. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebäude Hermannfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Wallage. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Variabes. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haberland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Goldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wahalla. Spezialitäten.
Urania. Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Metropol-Theater

Zum 345. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen,
aus Unglaubliche grenzenden
Gedankenübertragungen:
Das großartige August-Programm!
Grete Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Cavalleria-Rustikana und
die uralte Burleske
„Berlin steht Kopf“
Anfang Sonnt. 8. Abend 8 1/2 Uhr.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Die Attraktions-
Novitäten.
9 1/4
Vera Violetta.
Sondertheater-Operette von Ed. Götter.
10 1/4: Graf Zeppelin auf seiner
großen Fahrt.
Ab 7 1/2 Uhr: Konzert im Theatergarten.

WINTER GARTEN

Eröffnungs-
Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger
— Ephraim Thompson, dressierte
Elephanten — Okabe, Japaner-
Troppe — Die 5 Mowatts, Keulen-
Jongleure — Die 12 Tiller-Girls,
engl. Gesangs- u. Tanztruppe —
Cornalia und Eddie, amerikanische
Exzentriks — Der Zukunftspreis,
Wettrennen m. lebenden Pferden
Karl Hertz, Zauberkinetler.
Boyer de Lafayette, französ. Sängerin.
Der Biograph.

Max Kliems

Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Wöchentliche Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Elite-Tag.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner
Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

(Ballhof-Theater.) Moriwitz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Vollständiges Spiel Heinrich Büchel:
Martha oder Der Markt zu Richmond
Sonabend, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstellung d. bald. Preisen
zum letztenmal:
Oberon, König der Elfen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen zum letztenmal:
Undine.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum letztenmal: Die Jüdin.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Ab Sonnabend täglich:
Familie August Knoche!
Berliner Gesangsposse in 3 Akten.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsspiel.

Gebürder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
67 Kommandantenstr. 57
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachleben.
Romdile in 3 Akten von Anton
und Donat Herrnsfeld.

W. Noack's Theater

Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.
Zweite Woche!
Angeklagt!
Kriminalroman in 7 Bildern.
Komm. bedeut. Ermüd. Anfang des
Reizers 7. der Vorstellung 8 Uhr.
Sonabend: Königin Luise.

Wahalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Nur noch wenige Tage!
Das große August-Programm.

Brunnen-Theater

Bachstraße 58. Direkt: Willi Voigt.
Täglich:
Dorns Real.
Erstklassige Spezialitäten.
The Heros Kurt Ellys
Paul Coradini, Mr. King und Miss Cooke
Büglers 8 milde Königsalmen.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Sonabend, 29. August: Benefiz-
vorstellung zum Besten der Haus-
keller: Der Fluch des Goldes.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater

— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Freitag, den 28. August 1900:
Zum Benefiz für
Robert Fuchs
im Rausche des Lebens.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79,
direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach
allen Richtungen.
Ob Regen! Ob Regen!
Täglich:
Das neue und beste
Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr, Entree 20 Pf.,
Sonntags 30 Pf.
Täglich:
Vollständiges Programm aller Art.

Diez' Theater

Landsberger Allee 76/79,
direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach
allen Richtungen.
Ob Regen! Ob Regen!
Täglich:
Das neue und beste
Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr, Entree 20 Pf.,
Sonntags 30 Pf.
Täglich:
Vollständiges Programm aller Art.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Stillsitzen.
Schwan in 3 Akten von Gustav
von Moser.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Phyllis. Oper: Die Lore.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.

Folies-Caprice

Linienstr. 132, a. d. Friedrichstr.
Sonabend, den 29. August:
Premiere.
Die lästige Witwe.
Vorher:
Die Brautschau
und bunter Tell.
Vorverkauf von 11-2 Uhr
an der Theatorkasse.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Berlin wie es weint
und lacht.
Volkstück mit Ges. in 8 Akten
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wehent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
Gr. Bayerisches
Kellerfest
Heute:
Prämierung
des
größten Dickkopfes
3 Preise
60.—, 40.—, 20.— M.
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr
an der Kasse. Abnormitäten
werden nicht zugelassen.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimar.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Berliner Sänger
Erstklassige Künstler
(Durchweg neues
Programm.)
Sonntags Beginn 6,
wochent. 8 Uhr.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend Berliner Leben.
10 Uhr:
Vollständiges mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden
Mittwoch:
Vollständiges. Kinematograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

Ostbahn-Park

Am Köpenickerplatz, Köpenickerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Nou! Nou! Nou!
Die Goldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftritt von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dargest. Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Nou! Nou! Nou!
Die Goldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftritt von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dargest. Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Nou! Nou! Nou!
Die Goldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftritt von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dargest. Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Nou! Nou! Nou!
Die Goldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftritt von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dargest. Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Gewerkchaftshaus, Engelufer 15.

Sonntag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr
Kunst-Abend.
Leitung: Margarete Walkotte.

Mitwirkende: Margherita Simonelli, Koloratur-Sängerin. —
Fr. Rossi, Violin-Virtuosin aus Rom. — Margarete Walkotte. —
Herr Bruno Tuerschmann, Vortragmeister am Hebbel-Theater.
Am Flügel: Herr Bernhard Nitzsche. — Herr Otto Wiemer,
Rezitator ostpreussischer Dialektgedichten.
Nachdem: Tanz.
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Hensch, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

Große Extra- mit
Mondscheinfahrt MILLER- musik
11185 Sonnabend, den 29. August
nach Restaurant „ab Schillingsbrücke“
„Kyllhäuser“ ab Schillingsbrücke
Dasselbst: Sommerachtsball.
Abfahrt 9, 9 1/2 u. 10 Uhr. Hin und zurück 50 Pf.

Achtung! Von der Waifenbrücke

Am Sonntag, den 30. August:
Letzte Extrafahrt nach Teupitz (Tornow's Idyll).
Abf. 7 1/2 Uhr morg. Fahrpr. hin u. sur. 2,00, einf. 1,50, Kind. d. Hälfte.
Nachm. 2 Uhr: Große Promenadenfahrt (m. Kaffeepause)
nach Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).
Rückkunft 8 Uhr abends. Fahrpr. hin u. sur. 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Täglich 2 Uhr nach Voigts Krampenburg.
Fahrpreis hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Von Weidendammerbrücke (Prinz-Louis-Ferdinand-Str.,
an der Friedrichstr.):
Am Sonntag, d. 30. Aug., und Donnerstag, d. 3. September:
Letzte Extrafahrten nach Brandeburg a. H. (Rost. Elysium).
Hinfahrt über Potsdam und Werder!
Abfahrt 7 1/2 Uhr morg. Fahrpreis hin u. sur. 2,00, einf. 1,50 M.
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin. Tel.-Amt VII 580, 13450.

Große Dampfer-Extra-Fahrten

Täglich: Nach Woltersdorfer Schleuse
ab Schillingsbrücke früh 9 Uhr, nachm. 2 Uhr. Hin und zurück 50 Pf.
Sonntag: Hin 50 Pf., zurück 50 Pf.
Jeden Sonntag, Montag, nach Wernsdorfer Schleuse.
Mittwoch u. Donnerstag (zu der Höhe die Gosener Berge.)
früh 9 1/2, nachm. 2 Uhr. Hin u. zurück 50 Pf., Sonntags 75 Pf.

Jenensia-Räder!

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
Phänomen-Räder!
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorrad-Räder! Fahrradzubehör! spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Wir empfehlen unseren Lesern die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Muss in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschmann. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frölich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gevert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernheim. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattdienste.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustr.)
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. C. Cheling. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13: Das Wassertherapieverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14: Verhütung und Heilung des Stotterns von Louis Jordan, Leipzig. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
- Heft 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Markuse.
- Heft 16: Zähne und Zahnpflege von Gertrud Rewald. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 17: Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers von Dr. Christeller.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaustätiger bildet die Hagenbeck-Schau

Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213,8*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charlitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, den 30. August 1908, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unseren Vorschlag und unsere Stellungnahme. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.

Kollegen! In dieser Versammlung wird es sich entscheiden, ob der Kampf im Rohrlegergewerbe vermieden werden kann oder ob wir zum Kampfe rufen müssen. Da hier also die wichtigsten Interessen des einzelnen sowohl wie der Allgemeinheit in Frage kommen, so ist es doppelte Pflicht eines jeden von Euch, alle Berufsgenossen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Laßt Euch nicht von irgend einer Seite abhalten, in unsere Versammlung zu kommen, sondern beweist durch den Massenbesuch, daß Ihr zu Euren Organisationen volles Vertrauen habt.

Darum muß dafür gesorgt werden, daß alle Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend am Sonntag vormittag in dem Versammlungslokal, der Brauerei Friedrichshain, anwesend sind. — Keiner darf fehlen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin. Verband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Sonntag, den 28. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen D. Stücklen über: Die Entwicklung der Sozialgesetzgebung in Deutschland. 2. Die Situation auf den Baustellen. 3. Verschiedenes. 190/1

Achtung! Spiel-Automaten! Achtung!

Freitag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Germania-Prachtstraße, Schauffstr. 110:

Gr. öffentliche Protest-Versammlung

zur wahrheitsgemäßen Information über alle Spiel-Automaten-Fragen.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftlichste Spiel-Automaten sind nicht strafbares Glücksspiel! Referent: Rechtsanwalt Dr. für Wertheimer-Berlin. 2. Die Stellung der Presse zur Spiel-Automaten-Frage. Referent: Schriftsteller W. R. Grempe-Berlin. 180/18

Die Herren Staatsanwälte, Dezernenten der Polizei, Vertreter der Presse usw. sind besonders hierzu eingeladen.

Der Vorstand der Sektion Berlin des Interessenten-Verbandes der Automaten-Industrie Deutschl.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Märtische Wandersfahrten. Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (Feststoffe) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Grün, Cadecher Markt 4. Einmal 20 Stk. 25/11

Installateure und Händler kaufen Bronzestatuetten, Jagdampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung alle Fabrikstraße 125. Geschäftstagen Engrosrabatt. 100/15

Teppiche! (Feststoffe) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Grün, Cadecher Markt 4. Einmal 20 Stk. 25/11

Wäsche und Wringmaschinen, billige Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Sellmann, Goltzstraße 26. 790/8

Monatsanträge und Sommerpaletts von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrocken von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen laufen man an billigen bei Rak. Kurlandstraße 14.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Heßler. Mit 100 Farbabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Herrenuhren, Damenuhren, Goldschmuck, Silberwaren, Banduhren, Federketten, sportliche, Planchetuhren, Kette, Uhren, etc.

Handelshaus Schönhauser Allee 110. Sportbilliger Verkauf der besten Fabrik, Herrengarderobe, Gardinen, Küchengeräte, Schmuckwaren, Betten, Teppiche, Uhren, etc.

Vorwärts-Leser erhalten auf meine bekannt billigen Preise fünf Prozent Extrarabatt. Teppich-Lohn, Drantenstraße 160, Drantenplatz. 108/59

Gasofenherd! 1! Javelloherd! 3,00. Einlochgasofen! 0,80. Gasofenherd! 1! Gasplättchen! 1! (Sportbillig) Gasofenherd! 1! Wollauer, Wallnertheaterstraße 32.

Stiefelpolier-Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,25, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Möbeln (Sportbillig). Teppichhaus Emil Lehmann, Drantenstraße 158. 91/18

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Spezialkarte von Eberwalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Frühkartoffeln. Zentner 2,30, 20 Pfund 0,45; Daderse, Zentner 3,00, 20 Pfund 0,65. Rajinski, Hildorf, Steinmetzstraße 10. 710/2

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Manerhoff. Vornwärtskern 6 Prozent Rabatt. 190/18

Handelshaus, Pringelstraße 86. Staunendbillige Badetangas! Gebrodenangas! Sportbilligster Bettdeckenkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerartikel! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Tischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damen-uhren! Herrenuhren! Preiswunder! Schmuckwaren. Bis neun geöffnet. *

100 Ausflüge um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2. Mark, Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Ultraleichte Nähmaschinen ohne Anzapfung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, sportbillig, Wienerstraße 1-6, Wollschauerstraße 67. 125/58

Gerichtenhandtücher. Duzend 2,95, Studienhandtücher 3,75, Bettlaken 1,90, Damenhandtücher, gestifte Wäsche 1,25, Herrenhemden 1,30, Normalwäsche, Herrenhemden sowie elegante Kellnermütze sportbillig. Wollschauer Salomonstraße, Drantenstraße 21, Alexanderplatz. 178/19

Bekanntmachung! Große Waren-anammlung im Handelshaus, Hermannsplatz 6, bildet wiederum den ausnahmswürdigen extravilligen Warenverkauf! Jedermanns allerbilligste Einkaufsquelle! Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Staunendbillige Badetangas! Gebrodenangas! Herrenhosen! Sommerpaletts! Winterpaletts! Hosenauswahl! Bettdecken! Brautbetten! Goldene Tischdecken! Stellenauswahl! Hingehauswahl! Extrabillige Wand-uhren! Nähmaschinen! Enormbilliger Gardinenverkauf! Postkarten! Teppichverkauf! Bettdecken! Steppdecken! Tischdecken! Allerlei Billig-ke! Nur Hermannsplatz 6. Sonntag ebenfalls geöffnet. 710/2

Geschäftsverkäufe. Dekoration, nachweislich gutgehend, Fahrlitzgegen, besonderer Umstände halber sehr billig veräußert. Anfragen: Expedition Kurlandstraße 30. 761

Vorteilhaft veräußert. Bildhauerstraße 7. Erforderlich 1000. 711/5

HOPPEGARTEN.

500 Morgen, direkt am Bahnhof, zu Villenbauzwecken, sehr billig mit 50 Mark Anzahlung und beliebig hohen Ratenzahlungen. Vornotierungen nimmt entgegen. Allgem. Bau- und Anslod.-Ges. m. b. H. C. 25, Alexander-Platz 2.

Hygienische Bedarfs-Artikel

Drogerie Zarella, Berlin N., Weinbergsweg 1. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonabend, den 29. August, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

Die Weltsprache.

Referenten: H. Peus aus Dessau und Rob. Auerbach aus Eppan in Tirol.

Nach dem Vortrage freie Aussprache.

Jeder, der sich für das Problem einer internationalen Weltsprache interessiert, möge zu der Versammlung erscheinen. 290/10 Die Einberufer: H. Peus und Rob. Auerbach.

Tischler-Verein E. H. No. 80.

Sonabend, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Versammlung

Besprechung der Herrenpartie. Vereinsangelegenheiten. Die in der Generalversammlung vom 11. Juli 1908 beschlossene Statutenänderung betreffend § 5 des II. Kapitels hat am 17. August die behördliche Genehmigung erhalten und ist am 18. August in Kraft getreten. Näheres in der Versammlung. 190/4 Der Vorstand.

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette. Garantiert Handarbeit!

Am 25. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden, der Buchdrucker-Juwelire Julius Kramuszka im Alter von 46 Jahren. 12588

Dankagung. Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verein der freien Gasse und Schankwirts, dem Wahlverein des 4. Wahlkreises, Oberräger Viertel, dem Sparverein Goldgrube, dem Vorstand des Arbeitervereins Otto Paul, den Angestellten der Firma G. Hilde, den Angestellten der Firma S. Kühne, den Familienmitgliedern der Firma H. H. und den Fahrern der Brauerei Seuß für die rege Beteiligung und zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines Vaters unseren herzlichsten Dank. Wwe. Banzel und Töchter.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes "Solidarität". Sonntag, den 30. August: Vereinstour. Früh 6 Uhr: Hoppegarten bei Randsberg, mittags 12 1/2 Uhr: Hirschgarten (Bildehofs).

Familien-Waldfest, verbunden mit Fischzug, Waldspielen, Preisvergabe usw. Gäste und Bekannte freundlich willkommen. Abteilungen (ähnlich von Ihren Start). Sollte die Tour verregnen, findet sie acht Tage später statt. 11. Abt. am 1. Sept. früh 5 Uhr: Gdlich. Start: Große Hamburger Straße 18/19. Heute abend: Fahrwart-Sitzung.

Agitationstour nach Dreißig-Taunus. Start: früh 7 Uhr Steuerhaus, Tempelhofer Chaussee.

Achtung! Am Sonnabend, den 5. September, findet das 4. Stiftungsfest in der Brauerei Friedrichshain statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 30. und Montag, den 31. d. M. findet in Rosenthal das Erntefest statt.

Am Mittwoch, den 2. September veranstaltet der Verein „Frauenhilfe von Niederschönhausen und Schönholz“ ein Sommerfest in dem Lokal „Schloß Schönhausen“ in Niederschönhausen.

Fünfter Wahlkreis. Am Sonntag, den 30. August, veranstaltet der Wahlverein ein Sommerfest in der Brauerei Friedrichshain (Lips). Am Königstor.

Für ein gutes Sinfonie-Konzert (Direktion Maximilian Fischer), Auftreten des Ill-Trio, turnerische Auführungen und Spezialitäten ist Sorge getragen.

Friedrichshagen. Der Wahlverein hat beschlossen, um eine frühere Aufstellung des „Vorwärts“ zu ermöglichen, am 1. Oktober dieses Jahres eine eigene Parteipetition zu errichten.

All-Oldenide. Am Sonnabend, den 29. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal des H. Knochen, Rudowstr. 64, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Triß-Budow. Sonntag, den 30. August, nachmittags 6 Uhr findet bei Klein, Budow, Chausseestraße 12 eine Vereinsversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Unger über: „Was hat das Christentum den Armen gebracht?“

Mühlentee (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 30. August, nachmittags 4 Uhr, findet im Café zur Sonne (Zsh.: A. Wärsch) die Monatsversammlung des Wahlvereins statt.

Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen um 2 Uhr von Oratsvogel, Nordend.

Wittenau. Am Sonntag, den 30. August 1908, nachmittags 8 Uhr findet im Lokal von A. Schulze, Hauptstraße ein Extraballabend statt.

Berliner Nachrichten.

Wenn man Möbel auf Abzahlung nimmt.

man man vornherein damit rechnen, daß der Inhaber des Abzahlungsgeschäftes seine durch Vertrag festgelegten Ansprüche rückwärts geltend machen wird, sobald mal die Abzahlung der Raten ins Stocken gerät.

Herr Reserke hatte im Sommer 1903 in einem Abzahlungsgeschäft Möbel und andere Waren gekauft, die ihm mit 1003 M. berechnet wurden.

Herr Reserke hatte im Sommer 1903 in einem Abzahlungsgeschäft Möbel und andere Waren gekauft, die ihm mit 1003 M. berechnet wurden.

Herr Reserke hatte im Sommer 1903 in einem Abzahlungsgeschäft Möbel und andere Waren gekauft, die ihm mit 1003 M. berechnet wurden.

Herr Reserke hatte im Sommer 1903 in einem Abzahlungsgeschäft Möbel und andere Waren gekauft, die ihm mit 1003 M. berechnet wurden.

Herr Reserke hatte im Sommer 1903 in einem Abzahlungsgeschäft Möbel und andere Waren gekauft, die ihm mit 1003 M. berechnet wurden.

soviel Geld hingegeben hatte. Vermutlich fügt S. sich auf ein Urteil, das in dem oben erwähnten Prozeß der früheren Firma gegen R. gefällt worden war.

Formular für den künftigen Postprotest. Für den Postprotest, der am 1. Oktober eingeführt wird, gibt das Reichspostamt neue Formulare zu Postaufträgen für die Hände des Publikums heraus.

Eine neue Verfügung für Motorboote ist erlassen worden. Sie bezieht sich auf die Fahrgeschwindigkeit und auf bessere Kennzeichnung dieser Fahrzeuge.

Der „Hauptmann von Rippen“, der Schuhmacher Wilhelm Voigt hat mit seiner Keise ins Ausland, wo er öffentlich auftreten wollte, nicht viel Glück gehabt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

Die Revolveraffäre bei Rippen, bei der der Eisenbahnarbeiter Mohrbel von dem sich seiner Haut wehrenden Tischler Deska in Lichterberg unachtsamerweise erschossen wurde, hat nun doch, nach einer Meldung, zu der Anklageerhebung geführt.

John wurde durch herbeigerufene Schutzleute verhaftet, nach Feststellung des Tatbestandes aber wieder entlassen.

Der Verein Berliner Musiker hat an den Magistrat der Stadt Berlin eine Petition gerichtet um Erlass eines Verbotes des gewerblichen Musizieren der Magistratsbeamten.

Beim Baden ertrunken ist vorgestern abend gegen 6 Uhr der 23jährige Gerichtsdassessor Dr. Leon Brütt, ein Sohn des Landtagsabgeordneten und Landrats Brütt aus Rendsburg.

Zu dem schweren Straßenbahnunfall am Spittelmarkt, über den wir in unserer Sonntagsnummer berichteten und bei dem eine junge Dame schwer zu Schaden kam, wird uns mitgeteilt, daß die Dame nicht in voller Fahrt den Wagen bestiegen hat.

Ein Schlafstellenwindler mietete am Dienstag Mariannenstraße 42 bei Schulz eine Schlafstelle und gab an, Schriftfeger Verthold aus Erfurt zu sein, und hier in Berlin eine Stellung anstreben zu wollen.

Bermittelt wird seit dem 20. August 1908 aus Brigg der Arbeiter Rudolf Eichelbaum, am 23. Juli 1873 in Brigg geboren, dort Werder Straße 70 wohnhaft gewesen.

Zeuge gesucht. Der betreffende Herr, der eine Frau, die am 14. August, abends 1/11 Uhr an der Ecke der Turm- und Beusselstraße von der Elektrischen Straßenbahn beim Aussteigen abfiel und betäubt liegen blieb, nach der Unfallstation brachte, wird gebeten, seine Adresse nach der Rostocker Straße 29, 3 Treppen links bei Hütel gelangen zu lassen.

Das Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes Nr. 844/192 ist verloren gegangen und wird der etwaige Finder um Abgabe an Bänisch, Schreinerstr. 19, gebeten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die 4. Kompanie nach der Prinzenallee 33 (Gesundbrunnen) alarmiert. Menschenleben sollten dort in großer Gefahr schweben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordneten-Rathwahl im 5. Bezirk. Von den für die Stadtverordneten-Versammlung im Herbst vorzunehmenden Ergänzungswahlen wird die im 5. Bezirk zweifellos den bestmöglichen Kampf aufzuweisen haben.

Nun werden die „Liberale“ wiederum alle Kräfte anspannen, um in 5. Bezirk in die Stichwahl zu kommen. Dann rechnen sie auf die Wahlhilfe der „Unpolitischen“.

Über auch unsere Genossen werden auf dem Posten sein müssen. Vor allen Dingen heißt es da: Seht die Wählerliste ein!

Die Liste kann noch bis zum Sonntag, den 30. August, eingesehen werden. Eventuelle Unrichtigkeiten sind sofort anzugeben. Die Liste liegt aus im Rathause, Berliner Straße, und zwar wochentags von 9 bis 3 Uhr und am Sonntag von 8-12 Uhr vormittags.

Rigdorf.

Ein Automobil in Flammen. Der Brand eines Automobils rief gestern nachmittags in der Cammer Straße großes Aufsehen hervor.

Automobilprobleme die Cammer Straße entlang fuhr, erfolgte plötzlich eine Explosion des Benzinhalters und im nächsten Augenblick stand er kraftlos inmitten der brennenden Flamme. Er mußte sich durch einen geschickten Sprung vom Chauffeur in Sicherheit bringen. Bevor die alarmierte Feuerwehr eintraf, war das Automobil durch die Flamme vollständig vernichtet.

Schöneberg.

Die „teutschen“ Turner. Der Schöneberger Männerturnverein, Einzelsportverein, veranstaltete vor kurzem ein Turnfest, das, soweit es turnerische Bestrebungen anbetraf, vieles bot und auch allgemeines Interesse hervorrief. Im Anschluß an dieses Fest fand dann noch eine Nachfeier statt. Hier wurde nun die Begeisterung in Güssen genossen und es war kein Wunder, daß mit Reden und Toasten nicht gespart wurde. Nachdem so genügend Begeisterung verkonsumiert war, erreichte die Veranstaltung ihren Höhepunkt, indem der bekannte Reichsverbandler Redakteur O. S a m m e r b u r g einen Schwab losließ. Für diesen Herren existieren die Drangsalierungen der Arbeiterturnvereine nicht. In markigen Worten wurde aufgeföhrt zum Kampfe gegen die inneren Feinde des Vaterlandes, alle Turner wie Nichtturner müssen in wahrhaft teutsch-nationalen Empfindungen begeistert zusammenstehen. Dieses Gelübde wiederum zu erneuern, möge der Schlusssatz des heutigen Abends sein.“ Hierauf folgte der Schlusssatz der teutschen Jünglinge: „Teutschland, Teutschland über Alles“ — und der würdige Abschluß des Festes war gefunden, d. h. daran schloß sich dann noch ein gemütliches Beisammensein.

Mit aufgerolltem Banner wird es nunmehr gegen den inneren Feind gehen, gemeint ist zweifellos die Lüge, die Unwahrheit, die ihren Schutz unter den Fittichen des Reichsverbandes gefunden. Da bleiben selbst wir nicht zurück und ziehen mit in den Kampf, wenn auch nicht Schulter an Schulter mit den teutschen Jünglingen, denn wir sind der Meinung, die politische Schlacht wird nicht auf den Festlichkeiten des Schöneberger Männerturnvereins (E. V.) geschlagen, sondern in breiterer Öffentlichkeit und mit ehrlichen Waffen.

Die Söhne von Arbeitern, die dem Verein noch angehören, mögen sobald wie möglich dorthin gehen, wohin sie gehören, nämlich in den freien Arbeiterturnverein.

Um den letzteren zu stärken und Mittel zur Anschaffung von Turn- und Spielgeräten zu bekommen, findet am Sonnabend, 29. August, in der Schloßbrauerei ein Sommerfest statt.

Der Alkoholismus und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie war das Thema, über welches Genosse Rabenstein in der Wahlvereinsversammlung am 25. August sprach. Der Referent erklärte zu Beginn seines Vortrages, daß die Sozialdemokratie eine Kulturbewegung sei, welche sich mit den verschiedensten Fragen beschäftigt, welche zur Hebung der Arbeiterklasse dienen. Wenn die Alkoholfrage in den letzten Jahren mehr als früher behandelt wurde, so müßten dazu besondere Ursachen vorhanden sein. Diese Ursachen wären zunächst die Steigerung des Verbrauchs; pro Kopf und Jahr würden in Deutschland 120 Liter Alkohol verbraucht, Kinder und Frauen einbezogen. Der Fortschritt der Naturwissenschaft trage durch seine Fortschritte zum Erkenntnis der schädlichen Folgen des Alkoholgenusses ganz erheblich bei.

In sehr eingehenden Ausführungen gibt der Redner an der Hand der Statistik der Versammlung ein Bild von den schädlichen Wirkungen des Alkoholismus auf den Menschen. Die Macht des Alkohols beruhe zum großen Teil auf dem Vorurteil, daß er dem Körper förderlich sei, daß er wärme usw. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Die Wirkung des Alkohols auf die Nerven sei eine lähmende und beschränke die Willenskraft des Menschen. Er könne dann seine Begierden nicht beherrschen und darauf sei ein ganz bedeutender Teil von Verbrechen, die in der Leidenschaft begangen werden, zurückzuführen. Auch auf die Unfälle würde der Genuß des Alkohols ein. Ein Beispiel hierfür. In den Großbrauereien von Frankfurt a. M. wurde das Freidier aufgehoben und dafür eine Lohnzulage gegeben. Vor Aufhebung des Freidiers kamen 18,3 Unfälle auf je 100 Arbeiter, nach der Aufhebung kamen aber nur noch 12,7 auf je 100 Arbeiter. Um fast ein Drittel ging also die Zahl der Unfälle zurück.

Andererseits aber müsse der Arbeiter bei seinem so geringen Einkommen mit seiner Gesundheit, die ja noch so vielen anderen Gefahren ausgesetzt wäre, vorsichtiger umgehen und auch bemüht sein, seine wenigen Mittel nicht in so unweidmähiger Weise auszugeben. Ganz entschieden müsse er aber dagegen auftreten, daß Kindern alkoholische Getränke verabfolgt würden. Das sei ein Verbrechen an den Kindern.

Eine Sözene beim Genuß lasse sich nicht ziehen, darum könne er nur unbedingt Abstinenz empfehlen. Wer das ein paar Monate durchgesehen habe, würde dann sehr leicht empfinden, wie wohl er sich dabei fühle, schon vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus.

Nun wolle es ja selbstverständlich sein, daß die soziale Frage durch die Abstinenzbewegung nicht gelöst würde, aber ein ganz bedeutender Teil der Arbeiterklasse, der heute für die gewerkschaftliche und politische Organisation nicht zu haben ist, würde Zeit und Gelegenheit haben, über seine wirtschaftliche Lage nachzudenken und dann dazu kommen, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen und für die Verbesserung seiner Lage zu wirken.

In diesen Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, welche sich im großen und ganzen im Sinne des Referats bewegte. Im Schlußwort stellte der Referent mehrere Mißverständnisse, welche die Diskussion gezeitigt hatte, richtig, besprach dann noch die Frage der Gasthausreform, welche zu lösen nicht ganz leicht aber doch nicht unmöglich ist und ersuchte dringend, das heutige Material zu diskutieren, möglichst auch in den nächsten Abenden diese so wichtige Frage zu besprechen. Referenten und Material würde der Arbeiter-Abstinenzbund sehr gern zur Verfügung stellen. Ferner empfahl er angelegentlich, die Literatur über die Abstinenzfrage zu studieren.

Infolge der vorgerückten Zeit wurden die folgenden Punkte der Tagesordnung, Berichte über die Generalversammlungen vom Kreise und von Groß-Berlin, bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß der Genosse Kubitz sein Amt als Schriftführer niedergelegt und der Vorstand bis zur Wahl des Amt dem Genossen Durch übertragen habe, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Pankow.

Aus der Gemeindevertretung. In der am Dienstag abgehaltenen Gemeindevertreterversammlung wurden als Kreisstadtdarordnete der Bürgermeister, ein Schöffe und zwei bürgerliche Vertreter gewählt. Infolge des Ausscheidens Lichtensbergs aus dem Kreisverbande entfallen auf Pankow für die Folge vier Sitze im Kreisparlament. In den Ausschüß für die von der Gemeinde erlittenen Rechtsauskunftsstelle, ebenso in den Ausschüß des öffentlichen Arbeitsnachweises wurde neben dem Fabrikanten Holtkötter der Genosse Köber als Arbeiternehmer gewählt. Von den Gewerbergewerkschaftern, welche laut Ortsstatut ebenfalls zwei Vertreter in diese Körperschaften zu entsenden haben, ist der Genosse Hölse gewählt worden. Das Fischerei- und Jagdrecht auf dem Gute Mühlenteb wurde an den Kreisbietenden für 200 respektive 600 M. vergeben.

Das Ortsstatut betreffend das Kaufmannsgericht wurde gemäß dem Vorschlage des Gemeindevorstandes einigen Veränderungen unterworfen. Hierbei gelang es, einen sozialdemokratischen Antrag durchzubringen, welcher die Zahl der notwendigen Unterschriften für die Vorlagelisten zu den Kaufmannsgerichtsahlen von zehn auf fünf herabgesetzt wissen wollte.

Hierauf wurden einige Veränderungen an der Wertzuwachs- resp. an der Umsatzsteuerordnung vorgenommen. Es sind dies zwei Ortsstatute, über welche die Klagen der Grundbesitzer in vorläufiger Weise kein Ende nehmen werden.

Ein Antrag der Großen Berliner Straßenbahn betreffend Konzessionsverlängerung auf 90 Jahre usw. wurde abgelehnt. Diese Gesellschaft tritt zurzeit wieder an die verschiedenen Vorortgemeinden mit demselben Antrage heran, um sich das Privileg auf die Personen-

Beförderung von den Vororten nach dem Stadtkern und so auf das gesamte Verkehrsnetz Groß-Berlins für ferne Zeiten zu sichern. Gelegentliche Anträge der Gemeinde an die Große Berliner zwecks Verlegung von unweidmähig errichteten Haltestellen usw. fanden bisher jedoch noch keine Entgegennahme.

Die Pläne für die neuen Schulbauten in der Görzstraße liegen zurzeit der Regierung vor.

Lichtenberg.

Der Sturm auf die Friedrichsberger Bank. Auch am gestrigen Tage wurde das Verwaltungsgebäude der Friedrichsberger Bank in der Frankfurter Allee 183 von Menschenmassen umlagert, die sich schon in frühesten Morgenstunden eingefunden hatten. Trotzdem die Kasse am Mittwochsabend um 8 Uhr geschlossen wurde, hielten sich die Gläubiger noch bis in die erste Nachstunde vor dem Gebäude auf, wo sie von der Polizei in die Nebenstraßen verdrängt wurden. Gestern war der Andrang nicht minder stark, doch hatte die Polizei verstärkte Maßnahmen getroffen und auch in den Vorräumen der Bank einige Beamte stationiert. Die Auszahlung erfolgte wiederum truppweise. In den Mittagsstunden war das Gedränge so lebensgefährlich, daß einige Personen ohnmächtig weggeschafft werden mußten.

Die Direktion hatte einen Anschlag erlassen, wonach von den künftigen Guthaben nicht mehr 1000 Mark wie bisher, sondern nur noch nach den Bestimmungen der Sparkasten Teilbeträge von je 200 Mark zur Auszahlung gelangen werden. Außerdem wurde zur schnelleren Abfertigung in einem Restaurant der Finowstraße eine Nebenkasse für Wechselkunden eingerichtet. Die täglichen Gelder wurden in jeder Höhe ohne Weigerung sofort ausbezahlt. Der Direktor der Bank ist übrigens Stadtverordnetensprecher von Lichtenberg.

Weißensee.

Unter Pferdehufen zerstampft. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat der siebenjährige Schüler Hans Triebbe, dessen Eltern in der Sedansir. 76 in Weißensee wohnen, den Tod gefunden. Der Kleine hatte vor dem Elternhause auf der Straße mit dem Kreisel gespielt. Als das Spielzeug vom Bürgersteig auf den Fahrdamm rollte, eilte ihm L. nach, um es zu erfassen. Er beobachtete im Eifer des Spieles aber nicht das Herannahen eines Lastfuhrwerkes, das der Fuhrherr Doms aus der Marienburger Str. 18 lenkte; er wurde umgestoßen und fiel unter die Pferde. Erst als er unter den Hufen der Pferde auffuhr, wurde D. auf den Unfall aufmerksam. Er brachte das Fuhrwerk sofort zum Stehen, konnte aber nicht mehr verhindern, daß das Vorderrad dem Kinde über die Brust hinwegging. In fast leblosem Zustand wurde L. nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Mariendorf.

Die Verdringung des in seinem Verufe tödlich berunglückten Genossen Kamenz fand am Mittwochabend 6 Uhr auf dem Gemeindefriedhof statt. Es hatten sich eine große Zahl ehemaliger Mitarbeiter sowie hiesige Parteigenossen hier eingefunden. Der Verdringene war unverheiratet, allein seine Angehörigen hatten es für nötig gehalten, zur Verdringung den Pfarrer Erdmann hinzuzuziehen. Diesen Herrn hatten es die roten Kranzschleifen angetan und indem er an die Kranzträger herantrat, meinte er: Warum machen Sie denn solch' Aufsehen? Auf die ruhige Antwort der Angeredeten, daß sie doch kein Aufsehen machten, wurde der fromme Herr lauter. Mit einer Stimme, die einem preussischen Unteroffizier besser ansteht wie einem Pfarrer, herrschte er die Kranzträger an: „Wirklich ein Skandal, jedesmal muß man das sagen, ich fordere Sie auf, entfernen Sie die Schleifen oder ich muß von meinem Hausrecht Gebrauch machen und Sie müssen nach wiederholter Aufforderung den Kirchhof verlassen.“ Er motivierte sein Verhalten mit den Worten: „Sie machen von Ihren Rechten und Bestimmungen Gebrauch, warum sollen wir nicht von den unsrigen Gebrauch machen.“ Auch dem Herausretren aus der Halle (in die unsere Genossen selbstverständlich nicht hineingegangen waren) begann der Weg zur Gruft, von der unsere Genossen in weitem Abstände Stellung nahmen. Die kurze Ansprache klang aus in die Worte: „Was ist der Mensch?“ Dabei sprach er von Leuten, die da pöhen auf ihre Besinnung und die Begräbnisfeier stören. Als der erste Kranzträger den Kranz mit einem Widmungswort niederlegen wollte, wurde er vom Pfarrer unterbrochen: „Aber kein Wort!“ Zu dem Zweiten sagte er: „Die Schleife nehmen Sie mit, sonst wird sie weggenommen!“ Zu dem Dritten, der die Schleife abmachen und dem Bruder des Verstorbenen übergeben wollte: „Machen Sie sich doch nicht lächerlich!“ Worauf jemand aus der Mitte replizierte: „Die Lächerlichkeit liegt auf Ihrer Seite!“ Hiermit nicht genug. Beim Verlassen des Kirchhofes, kurz vor dem Ausgange überholte er eine Anzahl unserer Parteigenossen, die sich über den Verlauf der Verdringung unterhielten und mischte sich in deren Gespräch mit der Frage: „Reinen Sie mich oder die kirchliche Handlung? Hier holte er sich aber eine deutliche Abfuhr. Der Angeredete verbat sich jedes Tagwischereden in seine Privatunterhaltung. Ein anderer sagte: „Hier hätte er doch nicht mehr zu sagen.“ Der Geistliche entgegnete: „Hier sind wir noch auf dem Kirchhof.“ Mittlerweile waren wir auf der Straße angelangt und einige Bemerkungen unserer Genossen begleiteten den Herrn noch bis zum Eingange des Forstgrundstückes auf der anderen Seite. — Das Benehmen des Pfarrers hat manchem Teilnehmer von neuem die Unduldsamkeit der kirchlichen Würdenträger recht deutlich demonstriert und wird Veranlassung sein, daß mancher, der ohnehin schon innerlich mit der Kirche gebrochen hat, dies nun auch äußerlich zu bekunden durch seinen Austritt aus der Landeskirche.

Steglitz.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Zimmermeister Detmann, der, wie wir berichteten, auf dem Neubau an der Ecke der Körner- und Vergstraße in Steglitz von einem herabstürzenden Eisenträger niedergeschlagen wurde. Die Verletzung ist postleichtlich beschnitten worden und über die Schuldfrage hat die kgl. Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet.

Schmargendorf.

Am Dienstag referierte in einer öffentlichen Versammlung des Wahlvereins Genosse Störmer über: „Die Aufgaben der Frauen in unserer heutigen Klassenkampf.“ In kernigen Worten schilderte Redner den heutigen Klassenkampf, an welchem nun auch die Frauen nach dem neuen Vereinsgesetz besser wie dordem teilnehmen können. Besonders den antwortenden Frauen redete er zu Herzen, sich politisch zu organisieren, an der Agitation, Bildung und Aufklärungsarbeit nach Kräften mit zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß die Klatschblätter aus den Arbeiterfamilien verschwinden. Reicher Beifall lohnte die treffliche Rede. Zum Schluß meldeten sich mehrere Frauen zum Eintritt in den Wahlverein.

Kaulsdorf.

Der Antrag auf Einführung einer Grundsteuer ist dem Gemeindevorstande eingereicht worden. Durch ihre Einführung würden der aufblühenden Gemeinde erhebliche Vorteile erwachsen.

Herzfelde.

Das Opfer einer unsinnigen Wette ist der Hiegelarbeiter Hermann Geißler aus Herzfelde geworden. G. hatte mit anderen Kollegen gewettet, daß er an einem Abend zwei große Flaschen Schnaps trinken werde. Die Wette kam auch zum Austrag, sie sollte jedoch ein trauriges Ende finden. G. trank tatsächlich das große Quantum Schnaps und als man ihn am andern Morgen weden wollte, war er tot; der Unvorsichtige war einer Alkoholvergiftung erlegen.

Reinickendorf-West.

Im letzten Halbjahre haben 9 öffentliche und 5 Mitglieder- versammlungen stattgefunden, daneben vier kombinierte Jabladende, 10 erweiterte Vorstandssitzungen und eine engere. Die Einnahmen des Wahlvereins in dieser Zeit betragen 667,10 Mark, die Ausgaben 564,15 Mark; Bestand 102,95 Mark. 60 neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Reinickendorf-Ost.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins sprach am Dienstag, den 25. August, Genosse H a o über: „Die deutsche Revolution von 1848/49“. Ausgehend von der großen französischen Revolution schilderte er die Ursache, den Verlauf und die Folgen der deutschen Revolution. Die Genossen Köhling und Reifen berichteten über die Generalversammlungen von Groß-Berlin und Nieder-Barnim. Eine rege Diskussion zeitigte nur die letztere. Infolge Uebertritts in den Wahlverein wurden die Genossen Albeßki, Wiegand und Lorenz in den Vorstand delegiert. Genosse K o h e wurde als Referent und Genosse Albeßki als Mitglied des Vergütungskomitees gewählt. Beschllossen wurde ferner, den bestehenden Lesabend der Frauen als Les- und Bildungsabend für sämtliche Mitglieder dem Wahlverein anzugliedern und auszubauen.

Gerichts-Zeitung.

Schadenersatzanspruch und Anfechtung wegen Irrtums gegenüber unächtigen Angestellten.

Von sechs gestern vor der 5. Kammer des Kaufmannsgerichts verhandelten Prozessen, die zwischen der Schannong-Registrierfabrik Aug. Reih u. Co. und früheren Angestellten der Firma schweben, verdient der Expedient Rudolf P. wegen der prinzipiellen Bedeutung des ergangenen Urteils besondere Beachtung. P. war am 1. April d. J. bei der Firma eingetreten und hatte die umfangreiche Auslandsexpedition zu besorgen. Hierbei unterließ ihm eine Anzahl Fehler, die dem Hause einen Verlust von mehreren hundert Mark eintrugen. Am 1. Juni erhielt P. die Kündigung zum 1. Juli, er wurde jedoch schon am 15. Juni „wegen Unfähigkeit“ entlassen. Der Expedient erhob hierauf Klage auf Zahlung des Gehalts für 14 Tage, während die Firma Abweisung beantragte und Wiederklage in Höhe des ihr angeblich erwichenen Schadens von 400 M. erhob. Der Kläger P. wendet vor allem ein, daß er nicht für den Schaden verantwortlich sei, und führt im übrigen aus, daß es bei einer so umfangreichen Auslandsexpedition wie im Hause P. u. Co. gar nicht möglich sei, gleich die ganzen Vollbestimmungen im Kopfe zu haben. Die Hauptsache an der Entstehung der Fehler trage aber die enorme Arbeitsbelastung. Diese Behauptung wird durch die anderen Kläger, die im Hause Buchhalter und Expedienten waren bestätigt. Sie bekunden übereinstimmend, daß sie von der auf ihnen ruhenden Arbeitslast fast erdrückt wurden. Demgegenüber steht Kommerzienrat Reih, der seine Sache selbst vertritt, auf dem Standpunkt, daß er berechtigt war, den Kläger wegen seiner vollkommenen Unfähigkeit sofort zu entlassen, und daß dieser vollen Schadenersatz leisten müsse.

Das Kaufmannsgericht sprach dem Expedienten das Restgehalt zu und wies die Wiederklage der Firma ab. Die Firma hat 2 1/2 Monate gewartet, bis sie P. wegen Unfähigkeit freiließ. Unfähigkeit an sich ist aber kein Entlassungsgrund. Bei vollkommener Unfähigkeit hätte die Anstellung nur „wegen Irrtums“ angefochten werden können, aber auch diese muß sofort erfolgen, der Prinzipal muß sogleich die Fähigkeit des Neueintretenden prüfen. Auch zum Schadenersatz ist P. nicht verpflichtet. Das Einkommen muß im Verhältnis zu den Pflichten stehen. Soll ein Angestellter für alles aufkommen, so muß er auch eine besondere Gegenleistung erhalten. Das war aber hier nicht der Fall.

Der Herr Kommerzienrat benahm sich übrigens im Laufe der Verhandlung höchst ungebührlich, unterbrach öfter den Vorsitzenden, schlug mit den Händen auf den Tisch und frühstückte während der Verhandlung im Gerichtssaal. Der Verhandlungsleiter Assessor Dr. Jordan, der sehr geduldig gegenüber dem Herrn Kommerzienrat war, sah sich schließlich doch veranlaßt, ihn in seine Eckbank zu verweisen und ihm zu erklären, daß vor Gericht alle gleich seien.

Ein Rohheitsakt. Eine im Jähzorn begangene Tat führte den Fuhrherrn Franz Hoffmann aus Friedrichsfelde vor den Strafrichter. Wegen qualifizierter Körperverletzung im Sinne des § 224 des Strafgesetzbuches mußte sich der bisher unbefragte J. vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts III verantworten. Der Angeklagte ist Besitzer eines kleinen Fuhrgeschäftes in Friedrichsfelde. Am Abend des 9. Mai d. J. befand er sich in einem dortigen Schanklokal. Als der Angeklagte schon etwas angetrunken war, bestreuten zwei Kutscher namens J. und D. die Schankwirtschaft. Beide waren früher bei J. beschäftigt gewesen, waren aber entlassen worden. J. begann den Angeklagten zu hinfeln und äußerte unter andern, daß es bei Hoffmann kein Kutscher lange aushalte. Als sich auch D. an dieser Hinfelerei beteiligte, wurde der Angeklagte von einem plötzlichen Wutanfall gepackt. Er ergriff im Jähzorn ein neben ihm stehendes Weichbierglas und schloß es dem D. mit einem derartig kräftigen Druck auf dem Kopf, daß es in Stücke ging. In demselben Augenblick ertönte ein Ausruf: „Mein Auge!“ Durch die Scherbe des zertrümmerten Glases war die Nase des D. glatt vom Gesicht geschnitten worden, außerdem war ein spitzer Glasscherben dem Verletzten in das Auge gedrungen, so daß dieses sofort auslief. Der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung mit Rücksicht auf die überaus schweren Folgen, welche die von großer Rohheit zugehende Tat des Angeklagten nach sich gezogen habe, eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Rechtsanwalt Dr. P u p p e plädierte auf Zuerkennung der an sich schon sehr schweren gesetzlich zulässigen niedrigsten Strafe, da der bisher völlig unbescholtene Angeklagte sich nur unter dem Einflusse des Alkohols zu der Tat habe hinreißen lassen, die er selbst auf das tiefste bebaure. Das Gericht erkannte auch auf die Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am 1. Fahrstuhl, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Schweiz 865 und E. R. 1. Auf Empfehlung von Versicherungsanstalten lassen wir uns prinzipiell nicht ein. — E. R. 26. Richten Sie Ihre Wunsch an das Bureau der Krankenanstalten Berlin, Rathaus, Zimmer 111-114. — M. 1. Wir können Ihnen nur die Nachweise der in Betracht kommenden Genossenschaftsorganisationen empfehlen. — M. 2. 22. In der Drogerie erhalten Sie geeignete Mittel. — M. 3. 74. Fischerstraße 30-42. — M. 3. 6. Gehört zur Provinz Sachsen, deren ständiger Teil in Thüringen liegt.

Wichtiger Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr ganz unzureichend, Geschäft lebhaft, Preise hoch. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft wenig beschleunigt, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich still, Preise etwas lebhafter, Preise wenig verändert.